



## Breslau, 23. Oktober.

Eine parlamentarische Schlacht, — vielleicht die bedeutendste und folgenreichste dieser Diät, — ist in der vorigen Woche in der ersten Kammer geschlagen worden. Der Konstitutionalismus in der Weise, wie ihn Graf Arnim v. Boitzenburg, Graf Alvensleben, Kleist-Regow, Stahl, Walter u. A. verstehen, hat den Sieg davon getragen über die Auffassung, welche insbesondere bei der Frage, um die es sich hier handelte, in beiden Kammern durch A. u. R. v. Kuerswald, Beckerath, Camphausen, Dahlmann, Graf Schwerin, Simson und manche Andere, unter welchen wir als Schlesier Milde und v. Vincke (von Obendorf) hervorheben wollen, — vertreten war. Die Parteien des vereinigten Landtages standen sich gegenüber. Es handelte sich um den § 108:

„Die bestehenden Steuern und Abgaben werden fortgehoben und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetze, einzelner Gesetze und Verordnungen bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.“ Der § steht nicht in dem Titel VIII., welcher von den Finanzen handelt, sondern unter den „allgemeinen Bestimmungen“, weshalb man ihn denn auch dahin verstand, daß er nur für jetzt die Erhebung der Steuern und Abgaben bis zu der in Aussicht gestellten Revision der Verfassung und der Steuergesetzgebung sichern sollte. Dafür, daß der § nur eine solche transitorische Bedeutung haben sollte, spricht außer andern Umständen insbesondere auch schon der ganze übrige Inhalt. Geht derselbe aber nun mit dauernder Gültigkeit in die revidierte Verfassung über, so wird dadurch die Regierung für alle Zeiten befugt, die einmal gesetzlich eingeführten Steuern zu erheben. Sie bedarf nun nicht, wie es sonst in konstitutionellen Staaten der Fall ist, jährlich der Ermächtigung der Kammern, um überhaupt die Steuern für das kommende Jahr auszusprechen zu können, und das Steuerbewilligungsrecht der Kammern ist nur auf den Fall beschränkt, wenn etwa neue Steuern eingeführt oder die bestehenden geändert werden sollen. Die zweite Kammer hatte nun mit 212 Stimmen gegen 93 das Streichen des § 108 beschlossen. Die erste Kammer hat sich nach heftigem Kampfe mit 84 gegen 57 Stimmen erklärt, daß derselbe an seiner Stelle erhalten werden soll. Es bleibt nur noch immer der Zweifel, ob es nicht die Ansicht der Kammer oder doch mancher Mitglieder, die mit der Mehrheit gestimmt haben, gewesen ist, daß der § 108 auch in der revidierten Verfassung, aber doch nur als eine zeitweilige Bestimmung verbleiben soll, indem man den Satz, welcher die Forterhebung der Steuern ausspricht, ja nicht in den Titel mit aufgenommen hat, wohin er sonst gehören würde. Sicher ist aber wohl, daß die für den § 108 gesprochen haben, ihn so nicht verstanden wissen wollten. „Durch die Disciplin der Rechten“ ist ja, wie Herr von Gerlach gesagt hat, „ein gutes konstitutionelles Recht gegründet worden“; und triumphierend in Freude, lassen sich Stimmen vernehmen: „Bei uns in Preußen wird also keine Steuerverweigerung möglich sein.“ „Es werden die Kammern oder wohl nur eine derselben durch die Drohung des Budget zu verweigern, die Ministerien nicht zwingen können, nach ihrer Pfeife zu tanzen!“ Die freie Pirsch auf Ministerial-Portefeuilles ist wieder abgeschafft! u. s. f. — Ist das Alles denn nun aber wirklich gewonnen? Wenn Ihr annehmt, daß das preussische Volk auch bei einem den Verhältnissen entsprechenden Wahlgesetz, Kammern senden und stützen werde, die das Steuerbewilligungsrecht mißbrauchen, deren Mehrheit ohne Rücksicht auf die Folgen, um Dies oder Jenes durchzusetzen, nicht ansehen würde, die Regierung in die Lage bringen, keine Steuern erheben zu können; wenn Ihr meint, daß in solchen Fällen selbst die Auflösung der Kammern keine Hilfe gewähren würde; da reicht die Beschränkung des Steuerbewilligungsrechtes noch lange nicht hin. Kammern der Art werden, auch wenn sie vor revolutionären Mitteln sich scheuen sollten, nicht nur die Gelegenheit benutzen, wenn die Regierung etwa in besondern Bedrängnissen neue Steuern verlangen muß, oder sich genötigt sieht, Anleihen zu erheben; ihnen stehen noch gar viele Mittel und Wege offen, um einem Ministerium die ver-

fassungsmäßige Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zu erschweren oder unmöglich zu machen. — Durch die Beibehaltung des § 108 als dauernde Verfassungsbestimmung hat nun aber der § 98, in welchem gesagt ist, daß der Staatshaushalt jährlich mit Zustimmung der Kammern festgesetzt werden soll, die Bedeutung erhalten: daß zwar die Steuern auch ohne deren Einwilligung ausgeschrieben und erhoben werden können, daß aber ohne Genehmigung der Kammern keine Ausgaben gemacht werden dürfen. So ist ein absonderliches Recht, wie es bisher sowohl in keinem konstitutionellen Staat bestanden hat, geschaffen worden. Was helfen der Regierung die Steuern, wenn sie nicht ausgegeben werden dürfen? Freilich würde es einem Ministerium, welches sich vor einem Verfassungsbruch nicht scheuen würde, leichter die Nichterwilligung der Kammern bei dem Ausgeben als Erheben der Steuern zu umgehen. Eine Garantie gegen Mißbrauch, welchen die Kammern von ihrer Gewalt machen könnten, ist aber wahrlich durch den § 108 nicht gegeben. Soll diese durch Beschränkung der Rechte geschaffen werden, welche möglicherweise in schlechten Händen zu einem gefährlichen Werkzeug werden könnten, da muß noch manches konstitutionelle Recht abgethan werden; da würde die Konsequenz dazu führen, daß eigentlich mit einer Volksvertretung, die irgend mehr als ein rathames Gutachten zu ertheilen hat, gar nicht zu regieren sei, besonders bei uns in Preußen. Und in der That ist auch gegen das Steuerbewilligungsrecht jetzt so ziemlich wieder der ganze Vorath von Gründen ausgeschüttet worden, mit welchen man viele Jahre hindurch dem Verlangen nach einer konstitutionellen Verfassung entgegengetreten ist: Daß Preußen bei seiner eigenthümlichen Stellung stets gerüstet sein, seine Regierung sich in der Lage befinden müsse, stets rasch zu handeln, es mehr als ein anderer Staat geordneter Finanzen, eines ungeschwächten Credits bedürfe, und dieses Alles durch Kammern, die ihre Bewilligung zu ertheilen hätten, geschwächt oder gefährdet werden könne; daß wir nicht andern Staaten und Völkern nachahmen; nicht den Theorien nachlaufen, sondern uns unser eigenes wohlthätiges Staatsgebäude aufrichten wollten u. s. w. u. s. w. Wie oft haben wir dies und Anderes nicht gehört? Und wozu hat es geführt? — Sollen wir aber eine konstitutionelle Verfassung in Wahrheit haben, so muß den Kammern auch das Recht der Steuerbewilligung zustehen. Eine momentane Gefahr ist aber auch nicht vorhanden, da die jetzigen Kammern noch für die nächsten Jahre bestehen, und unpatriotische, leidenschaftliche Handlungen von ihnen doch wohl nicht zu fürchten sind. Die Möglichkeit des Mißbrauchs durch schlechte Kammern kann nicht der letzte Entscheidungsgrund sein; wohl aber kommt in Betracht, daß das Recht der Steuerbewilligung in Händen einer loyalen Kammer, d. h. einer solchen, die eben so sehr für die verfassungsmäßigen Rechte des Volks wie der Krone einsteht, das äußerste aber sicherste Mittel ist, um einem Ministerium entgegen zu treten, welches entschlossen wäre, unbekümmert um die Volksvertretung fortzuregieren; welches nicht davor zurückscheut, die Grenzen der Verfassung zu durchbrechen, selbst Mittel und Wege zu finden wüßte, der Anklage zu entgehen. Daß wir vergleichen in Deutschland noch vor der Revolution erlebt haben, wer wüßte es nicht? Und geschichtliche Erfahrungen, nicht die Rücksicht auf Personen, auf augenblickliche Zustände und Stimmungen müssen den Maßstab bei Begründung von Verfassungen geben. — Nicht jeder Sieg ist ein Gewinn; und so dürfte der Sieg der Rechten in der ersten Kammer schwerlich zu einem wahren Gewinn für die Regierung werden, wenn sie sich daran theilhaben wollte. Es wird dieses nach Lage der Sachen einem Bruch mit der eigentlich konstitutionellen Partei in den Kammern gleichkommen. Wiewohl ein Paar von den Ministern allerdings gegen das unbedingte Steuerbewilligungsrecht in den Kammern gesprochen haben, so steht doch noch dahin, ob das Gesamtministerium den § 108 für etwas anderes als eine bloß transitorische Bestimmung erklären wird. Tief werden wir es beklagen, wenn es nicht geschähe; nicht nur im Interesse einer friedlichen Gestaltung und Befestigung unserer innern Zustände, sondern auch um der deutschen Sache

willen, für welche das Ministerium jetzt mit solcher Entschiedenheit und Festigkeit eingetreten ist. Preußen hätte schon längst an der Spitze von Deutschland gestanden, wenn es früher die Fesseln der Metternichschen Politik gebrochen gehabt und die Bahn einer constitutionellen Staatsgestaltung betreten hätte. Während schon nach manchen Anzeichen ein Umschlag der Ansichten und Stimmung im Werden ist, wo man bisher dem von Preußen unternommenen Einigungswerk Deutschlands abgeneigt war, ja feindlich entgegentrat, so könnte nichts nachtheiliger wirken, als wenn nun die Meinung Raum gewönne, daß die preussische Regierung die Beschränkung der konstitutionellen Rechte zu begünstigen geneigt sei. Als die Steuerbewilligungs-Frage vor ein paar Wochen in der zweiten Kammer verhandelt wurde, da schrieb ein bekanntes Mitglied der württembergischen Kammern: „Wenn man wieder glaubt, für Preußen etwas erreicht zu haben, so kommt das Unglück oder vielmehr Ungeschick dazwischen; und nun vollends die Rede des — es war hier ein sehr bekannter und gewichtiger Mann genannt — über das Steuerbewilligungsrecht, welches uns fast für die ganze Verfassung gilt.“

Wilba.

## Preußen.

### Kammer-Verhandlungen.

II. Kammer. 39. Sitzung vom 23. Oktober.

Eröffnung der Sitzung 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Vorsitzender: Präsident Graf Schwerin.

Auf der Ministerbank: v. Manteuffel.

Das Protokoll wird verlesen und genehmigt.

Hierauf folgt die Fortsetzung der gestern verhandelten Verhandlung.

Eine lange Reihe von Amendements, die zum Theil von vorn herein einen komischen Eindruck machen, wird verlesen. Wir werden diejenigen, welche davon zur Abstimmung kommen, an den betreffenden Stellen mittheilen. Einige werden nicht ausreichend unterstützt.

Abg. Scherer stellt den Antrag: Die Berathung der Art. 62 — 65 auszusetzen und die eingebrachten Verbesserungsvorschläge der Kommission zur Vorberathung und Berichterstattung zu überweisen.

Dieser Antrag kommt zunächst zur Verhandlung.

Abg. Scherer wendet sich zunächst polemisch gegen die gestrige Rede von Beseler. In den zahlreichen Amendements findet er den Beweis für die vollständige Zerissenheit, in der sich die Kammer dieser Frage gegenüber befindet und fürchtet deshalb, daß die Abstimmung nur ein Spielwerk des Zufalls sein werde. Dem Baumeister, der den Grundstein zu unserer Verfassung zu legen hat, kann es nicht gleichgültig sein, ob sich das Material, dessen er sich bedient, als körniger Granit oder glastiger Ton erweist.

Hr. v. Beckerath: Die gestern und heute eingebrachten Amendements enthalten nichts, was nicht mehr oder weniger in der Kommission zur Erörterung gelangt wäre. Soll die Erblichkeit in der ersten Kammer bedeutenden Raum gewinnen, oder soll sie eine Wahlkammer sein? nach dieser Frage lassen sich die Amendements rubriciren. Die Bestimmungen über die erste Kammer auszusetzen, bis die Gemeindeordnung beraten wäre, dafür kann ich mich nicht erklären. Ja, dies ist der Grund unserer konstitutionellen Einrichtungen, lassen Sie uns mit Ernst denselben legen. Ich empfehle Ihnen die Verwerfung des Schererschen Antrags.

Es erhebt sich für denselben bei der Abstimmung fast die gesammte Rechte. Da indessen die Gegenprobe gemacht wird, zeigt es sich, daß der Scherersche Antrag verworfen ist.

Abg. Camphausen spricht für den Kommissionsantrag, wobei er auf die Regierungsvorlage vom 22. Mai 1848 zurückgeht und bemerkt, daß dieselbe einen Sturm des Unwillens hervorgerufen habe.

Nach dem Vorschlage der Kommission sollen  $\frac{2}{3}$  der gewählten Mitglieder von den Kreisvertretern,  $\frac{1}{3}$  von den höchstbesteuerten Grundbesitzern gewählt werden. Hiervon weicht das Amendement Keller am meisten ab. Wenn derselbe erklärt hat, daß er bei Annahme seines Vorschlags gern in eine Streichung des § 108 will-



gen würde, so meine ich doch: wie sehr auch einige Stimmen mehr dankbar angenommen werden müssen, so dürfte dies doch im Hinblick auf die immense Majorität von 212 gegen 93 Stimmen, mit der eine Kammer, deren Ursprung nur allzu bekannt ist, ihre Ansicht über diesen Paragraph ausgesprochen hat, von keinem moralischen Gewicht sein. Wir müssen daher den Vorschlag des Abgeordneten Keller ganz objektiv beurtheilen.

Der Redner weist nun an dem Beispiel Englands nach, an der allgemeinen Klassensteuer und der Grundsteuer, an den Kämpfen des hohen Adels für die Freiheit Britanniens, daß in Deutschland kein Boden für eine erbliche Pairie sei. Hier sei gerade der große Grundbesitz der Volksentwicklung hinderlich gewesen. In den Provinzial-Landtagen und im vereinigten Landtage habe der große Grundbesitz nicht mitgewirkt zur Erlangung politischer Rechte.

Endlich führt der Redner die Achtung der engl. Aristokratie vor jeder entgegengesetzten politischen Meinung und vor den Rechten des Volkes an und meint, bei uns könne so lange von einer erblichen Pairie nicht die Rede sein, so lange unsere großen Grundbesitzer von den Grundrechten der Nation nicht reden, ohne ein herablassendes Lächeln um ihre Lippen schweben zu lassen, so lange sie die Kammer der Uebereilung allzeit für fähig halten, wenn sie nicht von den Ministern in die Schranken „wohlverstandener Interessen“ gehalten würden. (Murren rechts.)

Was die übrigen Amendements betrifft, so schließt sich der Redner denen an, welche die erste Kammer aus den Bezirksvertretern hervorgehen lassen. Er will jedoch den großen Grundbesitz vorzugsweise vertreten sehen. Denn derselbe sei an sich den Freiheiten des Volkes nicht entgegen, wenn nur die vorhandenen Vorrechte desselben erst abgeschafft sind. Der große Grundbesitz sei nicht allein auf's Engste an die Geschichte des Landes geknüpft, sondern verschaffe auch eine unabhängige Stellung.

Geben Sie daher, schließt der Redner, dem großen Grundbesitz die ihm gebührende Stelle und sein Sie versichert, daß er die Rechte des Volkes ehren, die Freiheit wahren, den Thron stützen wird.

Abg. Görz findet in dem Leben des Staats zwei Gesichtspunkte, den der individuellen Existenz, der sich in den Einzelnen und in den Corporationen verkörpere, und den der staatlichen Existenz. Dieser Gesichtspunkt hätte vorwiegend im klassischen Alterthum, jener im Mittelalter gewaltet, jetzt sei es nöthig, einen höheren Gesichtspunkt zu fassen, der die beiden andern vermittele. Der Redner spricht sodann von drei Nothwendigkeiten, die heute das Staatsleben bedingen sollen, und bittet die Versammlung, keine Experimente mit den Fundamenten des Staats zu machen. Er ist deshalb für die Beibehaltung der provisorischen Zusammensetzung der jetzigen ersten Kammer.

Noch ein Amendement des Abg. Schöppelberg wird eingebracht, wonach von dem letzten Drittel der Abgeordneten zur ersten Kammer die eine Hälfte von den höchst Besteueren in Stadt und die andere von denen des Landes gewählt werden soll. (Nicht unterstützt.)

Abg. v. Canitz-Dallwig: Ich will nur mit wenigen Worten gegen die erblichen Pairs sprechen. Wenn Sie die erste Kammer aus den Pairs zusammensetzen wollten, die wir in unserm Vaterlande besitzen: so würde aus der Kammer ein Kammerchen entstehen, das bald in ein Kabinet ausarten würde. (Heiterkeit.) Großer Grundbesitz und viel Geld machen reiche Leute, aber keine Pairs! Hätten wir wirkliche geistige Pairs, so brauchten wir keine Pairs durch die Verfassung zu machen, die Pairs würden schon längst die Verfassung gemacht haben. (Bravo!) Das können doch wohl nicht unsere Pairs sein, die mit langer Spabille und kurzem Gedächtniß im vorigen Jahre ein Schritt vor dem Volke voraus sein wollten, dann aber baldigst mit der Devise erschienen: „Rückwärts, rückwärts Don Rodrigo!“ Vorsicht ist die Mutter der Weisheit. Wenn Jemand den Versuch machen wollte — die Abgeordneten für Zauber und Schivelbein erlauben mir wohl ein Beispiel aus dem schönen Geschlecht zu nehmen — und Jemand den Versuch machen wollte, einen weiblichen Treubund zu stiften, so muß er sich erst die Gewißheit verschaffen, daß auch der Stoff dazu vorhanden ist (Heiterkeit.) So lange sie nicht eine Liste der künftigen Pairs mit aufzeigen können, so lange ist keine Pairs-Kammer möglich.

Der Abg. Ullrichs meint, die Kammer sollte sie wählen. Ich würde mich in großer Verlegenheit befinden, 80 Pairsfamilien in Preußen herauszufinden. Freilich, wo das Zuckerrohr nicht gedeiht, zieht man den Zucker aus Runkelrüben. (Heiterkeit und Murren.) Es muß natürlich Jedem überlassen bleiben, welche Pflanze er für nützlicher hält. Ich glaube, jeder wahre Pair wird mit der Zeit hier schon seinen Sitz bekommen; der große Grundbesitz hat so hier schon einen großen Anhang und das Verdienst wird, von Vater auf Sohn vererbt, seine Kronen nicht vermissen. Ein geehrtes Mitglied hat

uns ins Gewissen geredet, daß Seine Majestät den Reichsstandesherrn Sitz in den künftigen Reichstagen zugesichert habe, daß wir das Wort des Königs nicht brechen dürften. Meine Herren! Wir sind zuvörderst nicht Reichstände, und dann giebt es Präcedenzfälle, wo Versprechungen des Königs dankbarlichst zurückgegeben wurden. (Bravo links. Zischen rechts.) Ein anderes Mitglied meinte, die Pairs würden eine Mauer und Stütze des Throns sein. Meine Herren! Das Holz, aus dem Sie Pairs schnitzen wollen, ist sehr wurmfressig und Gnade Gott dem Thron, den Sie damit stützen wollen! (Bravo und Zischen.) Wenn Sie aber trotz alledem, was Gott verhüten möge, erbliche Pairs schaffen wollen, dann wird man auf diese Kammer das Motto anwenden: Sie war so sanft, sie war so gut, und selbst der Launen Uebermuth hat Sie geeifert zu erfüllen!

Tellkamp hält ein Staatenhaus, bei uns also ein Provinzenhaus, für eine bessere Vertretung, als erbliche Pairie. — Falk spricht vorzugsweise gegen die Kommissionsvorschläge, die ja auch Niemand in ihrem ganzen Umfange vertheidigt habe. Das Volksleben solle durch das Zweikammersystem in seiner Mannigfaltigkeit zur Erscheinung gebracht werden. Den Besitz müsse man vor Allem bei Gründung eines konservativen Staatslebens ins Auge fassen. Vom höhern Gesichtspunkte sei auch eine Vertretung der Universitäten zu empfehlen, sie seien kein untergeordnetes Element des Volkslebens. Auch eine besondere Vertretung des Heeres hält der Redner für wünschenswerth.

Menzel will das Wählerrecht zur 1. Kammer von der Entrichtung einer bestimmten Klassensteuer abhängig machen.

Minister v. Manteuffel: Es sei mit Recht bedauert worden, daß man zur Berathung über Bildung der ersten Kammer gekommen, ehe die Gemeindeordnung berathen und sanktionirt sei. Gegen die Vorschläge auf die Kreis- und Provinzialvertretung allein die 1. Kammer hervorgehen zu lassen, habe er erhebliche Bedenken. — Prinzipiell müsse er, von seinem Standpunkte aus, sich für eine Interessenvertretung erklären. Die Elemente dazu seien vorhanden; wie alle unsere politischen Schöpfungen, so würde auch diese ein Versuch sein. Er habe Nachweise eingefordert über diejenigen Grundbesitzer, deren jährliches Einkommen sich über 8000 Rthl. belaufe, es seien deren über 490. In der Provinz Preußen 35, in Posen 61, in Pommern 61, in Schlesien 120, in Brandenburg 71, in Sachsen 50, in Westfalen 41, in der Rheinprovinz 38. — Die großen Grundbesitzer seien noch heut eine Macht und die Krone könnte, wenn es verlangt würde, Namen nennen, die in ihren Gegenden gewiß einen guten Klang hätten. Die Möglichkeit einer erblichen Pairie könne nicht bestritten werden. Sie sei nicht von dem Bestehen der Fideikommission abhängig, in England beständen diese auch nicht. Wenn an den Grundbesitz das Recht der Wahl geknüpft sei, so würden die einzelnen Familien schon ohnehin bestrebt sein, den Besitz für sich zu erhalten. Auch eine Vertretung der industriellen Interessen hält der Redner eben so wie die der Universitäten für angemessen. Nur sei es allerdings eine andere Frage, ob jetzt der Augenblick zu einer solchen Aenderung passend sei. Er glaube nicht und sei deshalb für ein Provisorium, für einen Census. — In Bezug auf einige Bemerkungen in Betreff der Steuerfrage bemerkt der Redner noch, wie er bedauere, wenn, wie es scheine, man sich nach dieser Frage trenne, er hoffe, die Zeit werde auch hier wohlthuend wirken. (Bravo.)

Es wird darauf angetragen, die Debatte bis morgen zu vertagen, dies geschieht. — Nächste Sitzung morgen 12 Uhr. — (Schluß 4 Uhr.)

Berlin, 23. Oktober. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Titular-Postmeister Wesener in Hornburg den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Büchsenmacher Schablowski des 4ten Infanterie-Regiments das allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Premier-Leutnant Scholz des 2ten Bataillons (Hirschberg) 7ten Landwehr-Regiments und dem Vier-Feldwebel Schröder vom 1sten Infanterie-Regiment die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen. — Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Kammerherrn und wirklichen Legationsrath v. Savigny die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Sachsen Majestät ihm verliehenen Komthurs-Kreuzes zweiter Klasse des Civil-Verdienst-Ordens zu ertheilen.

Ihre königlichen Hoheiten die Frau Prinzessin Karl und der Prinz Friedrich Karl sind nach Weimar abgereist. — Ihre Hoheit die Prinzessin Karoline von Hessen ist auf Schloß Sanssouci eingetroffen.

Angekommen: Der General-Major und Kommandeur der 7ten Infanterie-Brigade, v. Münchow, von Magdeburg.

X Berlin, 23. Oktbr. [Der Sohn des Prinzen von Preußen. — Der deutsche Verwaltungs-Rath. — Die preussischen Kammern.] Die Abreise des Prinzen Friedrich Wilhelm ist auf heute Abend festgesetzt. Die Herren Oberst Fischer und Professor Curtius begleiten ihn nach Bonn. Erst in diesen Tagen ist ein Familienrath auf Sanssouci gewesen, zu welchem Professor Stahl gezogen und in dem die Frage erörtert wurde, ob der Prinz in Bonn die öffentlichen Vorlesungen besuchen oder privatissima hören solle. Stahl hat sich sehr energisch für den Werth der öffentlichen Kollegien, im Gegensatz zu den Zimmer-Vorlesungen ausgesprochen, und es ist auch demnach beschlossen worden, daß der Prinz die öffentlichen Vorträge besuchen wird. — Die beiden Bevollmächtigten für Sachsen und Hannover bei dem Verwaltungsrath, die Herren von Zeschau und Wangerheim, haben gestern Berlin verlassen, letzterer um nicht wieder zurückzukehren, nachdem er sich unmöglich, selbst seinen Kollegen gegenüber, gemacht hat. Die Arbeiten des Verwaltungsrathes werden indessen durch dieses Auscheiden nicht unterbrochen, sondern sie dürften in so fern gefördert werden, als man mit den Vorbereitungen für den Zusammentritt des Reichstages, unbeirrt von politisch-sophistischen Vorfragen und Einwürfen, nun mehr rüstig voranschreiten wird, um zum 31sten Januar die Wahlen und zum 1sten März den Zusammentritt des Reichstages in sichere Aussicht stellen zu können. — Die preussischen Kammern dürften die Verfassung, Gemeindeordnung und Budget bis zum 1sten Dezember erledigt haben und dann vertagt werden.

C. C. Berlin, 24. Oktober. [Der Handwerkerstand.] Es genügt nicht, um die Kunstverfassung zur Annahme zu empfehlen, daß man sich auf den alten Satz „Handwerk hat einen goldenen Boden“ beruft, im Gegensatz zu der heute sprichwörtlich gewordenen „Noth des Handwerkerstandes“, welche man als den Ausfluß der Gewerbefreiheit bezeichnet. Dem unbefangenen Auge fällt es unschwer, zu erkennen, daß, wie das frühere Gedeihen der Handwerksmeister an zwei Bedingungen geknüpft war, an die Geschlossenheit der Meisterstellen und die einfacheren bürgerlichen Sitten, auch die gegenwärtige Zerfahrenheit vornehmlich in zwei Quellen ihren Grund findet, in der Ueberfüllung mit selbstständigen Meistern und in den aufgelockerten Lebensformen. Mancher Meister ist in Armut gerathen, weil er ohne genügende technische Ausbildung und hinreichende Kapitalkräfte sein Geschäft begonnen hat; allein weit öfter liegt die unzureichende Bilanz seines Hauswesens an unregelmäßigen Bedürfnissen und unverhältnismäßigen Ausgaben. Wenn in jener Beziehung die Niederlassung eines selbstständigen Meisters wohl an ein reiferes Alter und den Nachweis der vorausgesetzten technischen Bildung geknüpft werden kann, so muß in letzterer Beziehung zwar das Meiste von dem ersten Willen unter den Gewerbetreibenden selbst erwartet werden; allein örtliche Innungen (ohne Zwang) bieten doch schon den Vortheil, daß das engere Aneinanderschließen größeren Gemeingeist und einen lebendigeren Sinn für wahre Bürgerehre weckt, und die gegenseitige schärfere Kontrolle zu soliden Grundrissen drängt und von leichtsinnigen Unternehmungen zurückredet. Weiter darf die Sorge der Staatsregierung nicht gehen; namentlich darf sie nie so weit gehen wollen, verstoßend gegen die Grundregeln der Staatswirtschaft, deren Aufgabe auf eine mögliche Steigerung der Produktion gerichtet ist, jemals die Gewerbefreiheit, unter welcher allein die Kräfte am ungehindertsten sich entfalten und die größten Fortschritte bisher bemerkt worden sind, im Prinzip zu verlassen. Diejenigen, welche von der Zurückführung der alten Kunstverfassung das Heil erwarten, übersehen, daß das Kunstwesen zwar wohlhabende Meister bildete, aber keine blühenden Gewerbe schuf; und sie erkennen den inneren Widerspruch nicht, an welchem das alte Kunstwesen kränkelte, ein Widerspruch, der nicht anders, als durch gänzliche Auflösung des Kunstverbandes gelöst werden kann. — Die Wohlhabenheit eines Handwerkers beruht darauf, daß er mit mehreren Gehälfen und Lehrlingen arbeitet. Wer nicht mit mehreren Gehälfen arbeitet, gilt für einen, der sein Geschäft nur noch kümmerlich betreibt. Die preussische Steuergesetzgebung setzt erst bei einem Handwerker, welcher mit zwei Gehälfen oder drei Lehrlingen arbeitet, ein solches Gewerkeinkommen voraus, daß davon eine Gewerbesteuer überhaupt verlangt werden kann. Will man also dem gesammten Handwerkerstande zu seiner vermeintlichen vormaligen Blüthe verhelfen, so müßte Sorge getragen werden, oder sonst die Voraussetzung zutreffen, daß mindestens dreimal so viel Gehälfen vorhanden wären, als selbstständige Meister. Dieser Forderung steht aber auf Seite der Gehälfen ein anderer wohl begründeter Anspruch gegenüber. Wer die Unbequemlichkeiten und alle Vorfälle der langen Lehrlings- und Gesellenzeit überwunden und erfüllt, und die Prüfungen mit Geschick bestanden hat, welche die Kunstverfassung vorschreibt, erwirbt das



durch, nach allen Begriffen der Gerechtigkeit, einen gewissen Anspruch, wie ihn die Diener des Staats sich erwerben, wenn sie die Bedingungen erfüllen, von welchen die Verleihung eines Amtes abhängig gemacht ist. Niemand unterwirft sich, die Zeit seiner Jugend durch lästige Kontrolle und Einschränkungen seiner Freiheit ohne einige Aussicht auf gerechtfertigten Ersatz zu verwenden. Die Erwartung der Handwerksgehülfen steht aber auf gerechtfertigten selbstständigen Haushalt und ein anständiges Lohnendes Geschäft. Nun liegt in der Lage der Dinge die Unmöglichkeit, allen Gehülfen diese Aussicht auf einen solchen lohnenden und anständigen Gewerbebetrieb zu eröffnen, da, wie oben bemerkt, die Bedingung eines lohnenden Geschäfts darin besteht, daß dauernd weit mehr Gehülfen vorhanden sind, als Meister. Auch in der Kunstverfassung hatte man dies sehr wohl gefühlt, und darin eine Hülfe gegen die Ueberfüllung gesucht, daß man keinem Meister gestattete, gleichzeitig mehr als einen Lehrling auszubilden, ein Ausweg, zu dem heute merkwürdiger Weise wieder gerathen ist. Allein abgesehen von dem Eingriff, den man auf solche Art in das Recht des Meisters thun würde, sein Geschäft nach Talent und Kräften auszudehnen, und in die Freiheit der Ältern, für ihre Kinder den Meister zu suchen, von welchem sie die beste Unterweisung in Fache erwarten, — täuscht auch dieser Ausweg über seine Wirkung. Denn gesetzt, erst mit dem 30sten Lebensjahre würde der selbstständige Betrieb eines Meisters in der Regel begonnen, und dauerte im Durchschnitt bis zum 60sten Jahre, so bleibt immer noch ein Zeitraum von 30 Jahren Meisterschaft, während die Lehrlingszeit der Regel nach nur 3 Jahre dauert. Ein Meister kann also auch so immer noch 10 Lehrlinge nach einander ausbilden, von denen doch immer nur Einer ihn selbst später ersetzen kann. Rechnet man nun auch 2—3 ab, welche vielleicht während der Gesellenzeit sterben, oder das Handwerk verlassen, und 1—2 Gehülfen auf die Zunahme des Begehres bei steigender Bevölkerung, so bleiben doch immer noch mindestens 5 Gehülfen auf 1 Meister übrig, welche keine Aussicht auf gerechtfertigten selbstständigen lohnenden Betrieb erhalten. Darin liegt also ein innerer Widerspruch der Kunstverfassung, daß die gewünschte anständige Stellung der Meister eine mindestens dreimal so große Zahl von Gehülfen voraussetzt, als Meister vorhanden sind, während doch den Gehülfen die ihnen durch den Eintritt in die Kunst in Aussicht gestellte und verheißene Belohnung für ihre Lehr- und Gesellenzeit durch ein anständiges Meisterrecht nur zu Theil werden kann, wenn die Zahl der Gehülfen jederzeit nur halb so groß ist, als die der Meister.

A. Z. C. Berlin, 23. Oktbr. [Tagesbericht.] Wie wir so eben erfahren, haben der sächsische und hannoversche Bevollmächtigte beim hiesigen Verwaltungsrath, nach erfolgter Einreichung ihres Protestes gegen die jetzige Einberufung eines Reichstages, heute Morgen Berlin verlassen. Dadurch scheint die deutsche Frage in neue Verwickelungen erstster Art gerathen zu sein, über welche Herr v. Radowicz morgen in der zweiten Kammer Erklärungen abgeben wird. Auf heute Abend ist eine Sitzung des Verwaltungsrathes anberaumt, der auch Herr v. Radowicz beizuohnt. — In der zweiten Kammer wurden heute die Verhandlungen über die künftige Zusammensetzung der ersten Kammer fortgesetzt. Die Verhandlungen dauerten von 12 bis gegen 4 Uhr; aber sie waren noch ermüdender und langweiliger als gestern. Es schien, als hätte man sich wahrhaft darauf capricionirt, sämtliche Mittelmäßigkeiten der Versammlung gegen die Rednerbühne loszulassen. Professoren, Geistliche, Beamte — Alles hatte sich heut verschworen, die wenigen Besucher auf der Tribüne zur Verzweiflung zu bringen. Die Kammer selbst war in fortwährender Unaufmerksamkeit; man spazierte umher, unterließ sich oder frequentirte die Vorzimmer. Der Abg. v. Canis war der Einzige, der einige Funken von Geist und

Witz in das Meer von Langweiligkeiten warf; dafür rächte man sich gegen ihn mit der Anklage frivolster Witze. Man vergaß, daß jedes Genre besser ist, als das langweilige. Alles dies hinderte aber nicht, daß immer neue Amendements eingebracht wurden, und immer neue Unterstützung fanden. Die Debatte wurde endlich abermals vertagt und der Schluß derselben mit den Abstimmungen auf Morgen verlegt. Welches Resultat die Letzteren ergeben werden, läßt sich indes heute nicht sicherer bestimmen, als gestern, das heißt gar nicht. Ja, es heißt sogar, und das ist vielleicht das einzige neue Ergebniß der heutigen Sitzung, als ob überall gar kein Resultat herauskommen würde. Die Erklärung einzelner Abgeordneter, mehr noch die Rede des Ministers v. Manteuffel, stellen ein solches negatives Ergebniß in Aussicht, indem sie für diesen Fall an einem Provisorium festzuhalten aufordern. Unverkennbar ist dies eine Flankenbewegung der Rechten, welche theils verzweifelt, ihre erblichen Pairs durchzusetzen, theils Bedenken trägt, eine solche Schöpfung jetzt ins Leben zu rufen. Um für diesen Fall nicht der Gegenpartei zu unterliegen, welche die ganze erste Kammer auf Wahlen zurückführen will, sucht man das Definitivum zu vermeiden und ein neues Provisorium festzustellen. Zeit gewonnen, Alles gewonnen. Wie aber das Provisorium organisiert werden, wie lange es dauern soll, ob es lediglich der geltende Zustand sein soll, hat freilich Niemand ausgeführt. — Auf dem hiesigen Kriminalgericht wurde heute ein kleines Vorspiel zu dem Waldeck'schen Prozeß verhandelt. Am Geburtstage des geh. Rathes Waldeck, am 31. Juli d. J., hatte sich bekanntlich vor der Wohnung desselben in der Dessauer Straße eine große Menge von Menschen eingefunden, um Herrn Waldeck ein Bivat zu bringen. Es waren Schugmannschaften eingeschritten und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Heute wurden acht Personen vor Gericht gestellt, welche bei dem Vorfall besonders theilhaftig gewesen sein sollen. Unter denselben befand sich der bekannte Thierarzt Urban und auch eine Dame, die Ehefrau des hiesigen Gastwirths Dattweiler, welche als entschiedene Demokratin bekannt ist. Die Anklage stützte sich merkwürdiger Weise darauf, daß die Angeklagten sich muthwilliger Vubensstreiche schuldig gemacht hätten. Der Gerichtshof sprach aber sämtliche Angeklagte frei, indem er der Ausführung des Vertheidigers Dr. Stieber beitrug, daß man es nicht als einen muthwilligen Vubensstreich ansehen dürfe, wenn das Volk einem Manne, dessen politische Ansichten allgemeinen Anhang gefunden hätten, seine Huldigungen darbringe. Nur Urban wurde zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt, weil er außer dem Bivatrat, sich noch einem Polizeibeamten widersezt haben sollte. — In der Stadt zirkuliren gedruckte Subscriptionslisten, welche zu einem solennen Festmahl auffordern, das am 9. November, — als dem Jahrestage des Antritts des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel! — diesem im Kroll'schen Lokal veranstaltet werden soll. In den Listen ist ursprünglich der 3. November als der festgesetzte Tag gedruckt gewesen, dieser aber später ausgetrichen und der 9. November mit Dinte darüber geschrieben worden. Was jene Verlegung veranlaßt hat, ist nicht ersichtlich, da der 3. November den wahren Antrittsdatum des Ministeriums bezeichnet, der 9. aber der Jahrestag der Vertagung und Verlegung der Nationalversammlung ist. Für die Anordnung dieser Festlichkeiten hat sich ein Comité aus der hiesigen Bürgerschaft gebildet. — Die länger erwartete Denkschrift der königlich preussischen Regierung über die dänische Angelegenheit nebst den betreffenden Aktenstücken ist so eben erschienen und in den Kammern vertheilt worden. Sie umfaßt 12 Druckbogen in Folio, wovon die Denkschrift selbst, von Hrn. von Schleinitz verfaßt, 14 Seiten einnimmt; den Rest füllen die Aktenstücke in deutscher, dänischer, französischer und englischer Sprache. — Sie sind zwischen dem Reichsministerium, Preußen, Dänemark und England getheilt. — Das Band der hiesigen jüdischen Gemeinde lockert sich unter den Einflüssen der Neuzeit täglich mehr, so daß sogar dessen gänzliche Auflösung zu befürchten steht. Unter den Gemeinde-Mitgliedern sind nämlich durch die neuere Reformen mehrere Parteien entstanden, von denen jede ihre Ansichten für die allein richtigen hält. Ein großer Theil derselben will den neuen Vorstand gar nicht anerkennen, und versagt deshalb seine bisherige Beisteuer zur Erhaltung des Gemeindefens. — Lobend muß aber hierbei anerkannt werden, daß die Mitglieder, wenn sie auch jene Beisteuer versagen, doch größtentheils ihren Beitrag den Wohltätigkeits-Instituten in der jüdischen Gemeinde nicht entziehen.

C. C. Berlin, 23. Oktbr. [Bermischte Nachrichten.] Gegen den ehemaligen Abgeordneten bei der vorjährigen National-Versammlung, den Landrath Bauer aus Kroschitz, ist von dem Anklagesenate des hiesigen Appellationsgerichts die definitive Verurteilung in Anklagestand wegen versuchten Auftrages ausgesprochen. — Am 1. des nächsten Monats findet in Magdeburg ein Freubundskongreß statt.

Zur Besprechung von Anschlägen an den Freubund werden sich an dem Kongresse Deputationen aus allen Ländern betheiligen, die dem Dreikönigsbündnisse beigetreten sind. — Die ungarischen Flüchtlinge scheinen ihre Auswanderung nach Amerika nicht ganz mittellos angetreten zu haben. Klapka hat hier in Berlin die Summe von 200,000 Thaler Gold in Wechsel auf England umgesezt. — Die großherzogliche badische Regierung soll beschloffen haben, ferner keine standrechtlichen Todesurtheile mehr vollstrecken zu lassen.

Die Mehrzahl der Abgeordneten Rheinlands und Westfalens haben beschloffen, der Grundsteuer-Ausgleich wegen mit Nächstem das Ministerium zu interpelliren. Der Abgeordnete Reichensperger hat zu dem Ende eine Interpellation ausgearbeitet, welche von den anderen unterstützt wird, und zugleich ist ein Comité niedergelegt, welches für die Rheinprovinz aus den Herren Camphausen und Hansmann von der ersten Kammer und den Herren Lensing und Reichensperger von der zweiten Kammer, sodann für Westfalen aus den Herren Vorries und Grassio (erste Kammer) und den Herren Gellern und Harkort (zweite Kammer) besteht, damit das notwendige Material zur Begründung der Forderungen beider westlichen Provinzen ausreichend gesammelt und gesichtet werde. (Köln. Z.)

C. B. Eine Zusammenstellung der im Laufe dieses Jahres in unserer Armee vorgekommenen Personal-Veränderungen ergibt, daß 31 Offiziere entlassen und 8 aus dem Offizierstand entfernt worden sind. Unter den Letztern werden auch die Kölner Lieutenants Niethack, Faltin und Adamski aufgeführt. Ein Offizier wurde aus der Liste gestrichen und einer in contumaciam als Deserteur verurtheilt.

Kreuznach, 20. Oktober. [Militärisches.] Eben rückt das Füsilier-Bataillon des 29. Regiments aus Baden wieder hier durch in die heimathliche Garnison. Seit 14 Tagen dauerten die Durchmärsche in kurzen Unterbrechungen fort; Artillerie, Kavalerie und Infanterie, die wir in den Junitagen nach Baden hier durch kommen sahen, passirten auch jetzt wieder unsere Stadt; das heute eingerückte Bataillon bildet den Schluß der Durchmärsche. Sämmtliche im Feuer gewesene Truppen trugen auf der Brust das gelbe badische Band, Offiziere wie Soldaten. Während jene Truppen zurückkamen, marschirten ein Bataillon des 28. und 26. Regiments nach Baden, welche ihre bereits in Baden stehenden Regimenter komplettiren. In der bayerischen Pfalz wimmelt's jetzt von Truppen; aus den Grenzstationen sehen wir oft Offiziere hier, u. A. vor Kurzem den kommandirenden Fürst Thurn und Taxis. (Düsseld. Z.)

## Deutschland.

Frankfurt, 20. Okt. [Tagesbegebenheiten.] Die hier garnisonirenden preussischen Truppenabtheilungen scheinen sich in jeder Beziehung in unserer Stadt immer heimischer zu machen und auch für die Befriedigung ihrer geistlichen Bedürfnisse die erforderlichen Einrichtungen ins Leben treten zu lassen. — Staatsrath Römer ist gestern nach Stuttgart zurückgekehrt. Ueber den eigentlichen Zweck seiner Reise hierher vernimmt man nichts Verlässliches; nur so viel ist Thatsache, daß derselbe verschiedene Konferenzen mit dem Präsidenten des Reichsministeriums, Prinzen A. v. Wittgenstein, sowie die Ehre hatte, vom Erzherzoge Reichsverweser empfangen und zur Tafel gezogen zu werden. — Der Unterstaatssekretär im Reichsministerium, Herr Legationsrath v. Biegeleben, ist über München hier wieder eingetroffen. — Von dem vorgestern hier einmarschirten Bataillon des 31. preussischen Infanterie-Regiments mußten leider über 120 Mann einquartirt werden, so sehr auch die Bürger auf die völlige Einkasernung hofften. — Jenny Lind weilte seit einigen Tagen in unserer Stadt und besuchte gestern Abend die Opernvorstellung im Theater. (Fr. Z.)

München, 19. Oktober. [Finanzielles.] Großes Aufsehen erregten hier bei allen Besserdenkenden die jüngsten Vorlagen über unsern Staatshaushalt. Also ein neues Anlehen von 7 Millionen, Beibehaltung des Lotto's, dagegen Aufhebung der Kapital- und Einkommensteuer, um unsere Heuler und Geldnotabilitäten zufrieden zu stellen. Zu solchen genialen Finanz-Geselen könnte man freilich auch einen Minister v. Manteuffel rechnen, der sich mit weniger als 12,000 Fl. Gehalt zufrieden stellen ließe. Armes Deutschland! 100,000 deiner thätigsten intelligentesten Söhne mit 60 Millionen-Kapital sind im Laufe dieser Jahre nach Amerika ausgewandert. Hunderttausende werden ihnen in wenigen Jahren nachfolgen. (Augsb. A. Z.)

Mannheim, 20. Okt. [Begnadigung.] Die gegen Oekonomierath Mögling mit fünf Stimmen gegen eine erkannte Todesstrafe wurde vom großherz. Kriegsministerium in 10jährige Zuchthausstrafe oder 6jährige Einzelhaft verwandelt. (Bad. M.)

Nastatt, 20. Oktober. [Hinrichtung.] Heute Morgen sind drei preussische Unterthanen, welche bisher in den Kasematten der Festung gefangen saßen, Jansen, Schrader und Bernigau kriegsrechtlich

\*) Die C. C. Korrespondenz meldet über denselben Gegenstand: „Nachdem im Verwaltungsrath alle Staaten, mit Ausnahme von Hannover und Sachsen, sich dahin geeinigt haben, den 15. Januar definitiv als den Wahltag für das Volkshaus anzunehmen, haben gestern die Bevollmächtigten der genannten Königreiche (Sachsen und Hannover) dem Verwaltungsrath angezeigt, daß sie durch bringende Angelegenheiten in ihrer Heimath zurückgerufen, und daher vorläufig an den Verwaltungsraththeilnahme Theil zu nehmen verhindert würden. Herr v. Wangenheim ist bereits abgereist; die Adresse des Herrn v. Zschau nach Dresden wird heute erfolgen; Herr v. Zschau war schon vor einigen Tagen aus der für die Wahlangelegenheiten niedergelegten Kommission des Verwaltungsrathes ausgeschieden. Eine Störung der Arbeiten des Verwaltungsrathes wird hierdurch in keiner Weise herbeigeführt. Bei der Einberufung, welche unter den Bevollmächtigten der übrigen Staaten stattfindet, ist formell zunächst vielleicht eher eine Förderung der gemeinsamen Sache zu erwarten. Möchte auch das vorläufige Zurückziehen der genannten Bevollmächtigten der Vorbereitungen eines beklagenswerthen Bruches des Bündnisses sein, über den das Reichsständegericht definitiv zu entscheiden hätte, so wird damit der Zusammentritt des Volkshauses für den engern Bund sicher eher beschleunigt als verzögert werden.“



erschossen, der letztere früher Lieutenant im 25sten Infanterie-Regiment, bis er — er stand damals in Deutschland — in Folge seiner Betheiligung an mehreren gegen die Disziplin verstößenden Demonstrationen, zuvörderst vom Dienste suspendirt ward, später seinen Abschied einreichte, dann tief in das demokratische Treiben in Köln sich verwickelte, noch später, um der freilich bloß eingebildeten Gefahr einer Verhaftung zu entgehen, nach Belgien flüchtete und endlich für den badiſchen Aufstand kämpfte. Alle drei sind männlichen Muthes gestorben, nachdem ihnen eine Stunde vorher das Todesurtheil verkündet worden. (Reform.)

Stuttgart, 21. Oktbr. [Verschiedenes.] Das Regierungsblatt enthält endlich das so lang erwartete Gesetz, betreffend die Bildung der Bürgerwehr. Wir heben einzelne Bestimmungen desselben heraus: Die Bürgerwehr hat die Bestimmung, die Wehrhaftigkeit der Staatsbürger zu befördern, die Landesverfassung und die Gesetze, so wie die Reichsverfassung, unter welcher letzteren diejenige staatliche Vereinigung deutscher Länder verstanden ist, welche zur Wirksamkeit gelangen wird, zu beschützen, die öffentliche Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten und bei Vertheidigung des Vaterlandes gegen äußere Feinde mitzuwirken. — Zum Dienst in der Bürgerwehr verpflichtet sind alle Staatsbürger vom zurückgelegten 20. bis zu erfülltem 50. Lebensjahre, einschließlich der auf unbestimmte Zeit bezurlaubten Soldaten. — Staatsrath Römer ist von Frankfurt wieder hier angekommen. — Dem Vernehmen nach hat Staatsrath Duvernoy um seine Entlassung gebeten, noch ehe Staatsrath Römer zurückgekehrt war. (Schw. M.)

Kassel, 19. Okt. [Differenzen. Reichstag.] Zwischen dem Kurfürsten und dem Kriegsminister v. Böttcher sollen ernstliche Differenzen wegen einer an sich unbedeutenden Sache herrschen. Der Kriegsminister hat daher einen vierwöchentlichen Urlaub genommen. — Die „Kasselsche Allg. Ztg.“ meint: „Dem Vernehmen nach wird in dem Verwaltungsrathe zu Berlin noch über das Stimmverhältniß bei dem Reichstage verhandelt. Das ist allerdings nothwendig, weil, wenn der engere Bundesstaat ohne Baiern, Württemberg, vielleicht ohne Sachsen und Hannover zusammentreten soll, das dem Verfassungs-Entwurfe zu Grunde gelegte Zahlenverhältniß der Vertretung der Staaten und des Volkes einstweilen nicht wohl angewendet werden könnte. Preußen hat nämlich nach der Zählung von 1846 eine Bevölkerung von 16 Mill. 112,948 Seelen, die dem engeren Bundesstaat bis jetzt beigetretenen Staaten aber nur eine von 9 Mill. 659,417, welche sich, wenn Hannover und Sachsen sich anschließen, auf 6 Mill. 64,128 Seelen reduzieren, also fast nur ein Viertel der Bevölkerung des Bundesstaates ausmachen würde. Wenn nun auch bei einer so rein deutschen und auf das innigste durch Gefinnung und Interessen verwandten Bevölkerung kein zu Theilen Gehen nach dem Partikularstaats-Verhältniß zu erwarten ist, so stellte sich doch dieses Zahlenverhältniß äußerlich zu ungünstig für die nichtpreussischen Glieder des Bundesstaates heraus, als daß es nicht schicklich sein sollte, bis dahin, daß der weitere Zutritt den ursprünglichen Entwurf wieder zum Grunde legen zu können gestattet, provisorisch ein irgendwie modificirtes Verhältniß, sowohl für die Vertretung im Staatenhaufe, wo es freilich leichter zu ermitteln ist, als wo möglich auch im Volkshaufe aufzustellen, welches sich schon deshalb empfehlen würde, weil sonst der Beitritt weiterer deutscher Staaten kaum noch mit den Interessen Preußens im Einklang erscheinen könnte.“

Oldenburg, 20. Oktober. Der Landtag ist auf 6 Wochen vom 2. November an einberufen.

### Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Von der Elbe, 18. Oktbr. [Bedeutung einer Berichtigung im Staats-Anzeiger.] Nach der Niederlage bei Friedberg, als die dänische Regierung mit einem und demselben Federzuge den Befehl zu dem Ueberfalle und zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes gegeben hatte, forderte die ganze deutsche Presse und mit ihr das ganze deutsche Volk für eine so schamlose Treulosigkeit blutige Genugthuung: der Waffenstillstand wurde von der preussischen Regierung ratifizirt. Nach dem schönsten Waffenstillstandsbruche, der Zerstörung der Düppeler Schanzen, durchließ wieder ein Schrei der Entrüstung die ganze achtbare deutsche Presse: keine Genugthuung wurde gefordert, keine gegeben. Das schleswigsche Obergericht hat sich in diesen Tagen veranlaßt gesehen, eine Untersuchung an Ort und Stelle anstellen zu lassen, und zu dem Behufe für einen dahin zu sendenden Kommissar von der Landesverwaltung eine militärische Escorte verlangt, die ihm auch bewilligt worden ist. Aber wozu wird das führen? Der König von Preußen als Mitkontrahent der Waffenstillstandskonvention empfängt eine unschuldige Deputation von angeler Landeuten, die über einen Punkt dieser Convention sich bei ihm beschweren und um dessen Abhülfe bitten wollen, er

zieht dieselbe zur Tafel. Die gesammte dänische Presse fängt an zu wüthen, bedeckt den König mit den niedrigsten Schmähungen, verlangt Genugthuung, und die ministerielle Verlingsche Zeitung gibt sich nicht einmal mit einer entschuldigenden Note zufrieden, welche dem dänischen Kabinett von dem preussischen zugekommen sein soll, sondern verlangt die Veröffentlichung einer solchen Entschuldigung im Staats-Anzeiger und droht im Weigerungsfalle mit Abbruch des diplomatischen Verkehrs. Wer hätte erwartet, daß die deutsche Großmacht sich dieser übermüthigen unverschämten Forderung fügen würde? Wirklich bringt der Staats-Anzeiger vom 15. Oktober (S. Nr. 243 der Bresl. Z.) wenn auch nicht in seinem amtlichen Theile, eine demüthig genug abgefaßte Entschuldigung. Ist das die würdige Vertretung des deutschen Bundesstaats durch eine kräftige Exekutivgewalt nach außen? Und was kann Schleswig-Holstein von einer solchen Vertretung Dänemark gegenüber noch erwarten? Die Thatsache ist für jeden Deutschen, der irgend Nationalgefühl besitzt, eine so überaus demüthigende, daß sie keines weiteren Commentars bedarf. Und was sagt das preussische Volk, was sagt das preussische Heer dazu? (D. R.)

Kopenhagen, 20. Oktbr. Herr von Pechlin, bekanntlich Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. und jetzt Dänemarks Bevollmächtigter bei den Unterhandlungen in Berlin, vertheidigt sich von dort aus gegen den im Fädrelandet vorgekommenen Vorwurf, daß er besonders im April 1848 nicht die gehörige Energie gezeigt und nur einen matten Protest gegen den Bundesbeschluß über Schleswig erlassen habe. Es sei damals nicht der Augenblick gewesen, Trümpfe auszuspielen und vielleicht einen unberechenbaren Schaden anzurichten und es sei der Monat April 1848 nicht der Monat gewesen, wo man sonderlich damit imponirt habe, sich auf den Willen der Könige zu berufen. Die Helden des Tages seien bereits in den Bundestag eingetreten gewesen und Herr Welcker, der badiſche Bundestagsgesandte, sei noch lange nicht zufrieden mit den Bundestagsbeschlüssen gewesen und habe mit steigender Festigkeit den Beschluß für zu milde erklärt. Deshalb habe er den Nachdruck auf die dänische Nation gelegt; aber die Auffassung, als ob er einräumen wolle, der König würde, ohne den Widerstand des Volkes, in das Aufgeben Schleswigs gestimmt haben, sei gar zu absurd. Wo es also gelte, Dänemarks Recht auf Schleswig zu vertreten, stehe er auf einem Grunde, auf welchem er nie gewankt habe, noch wanken werde.

Im Leseſalon war gestern angeschlagen, die Statthalterſchaft in Holstein habe die von Preußen verlangte Anerkennung der schleswiger Regierungs-Kommission abgelehnt.

Flüveposten will nicht, trotz dem, daß die Handlungen im Waffenstillstande durchaus nicht den Frieden präjudiciren, daß Dänemark einwillinge, daß die schleswiger Regierungs-Kommission im Namen des Königs als Herzogs von Schleswig aufträte.

### Oesterreich.

\* Wien, 22. Oktober. [Oesterreichische und russische Macht.] Außer den schon mitgetheilten Anstellungen der die kaiserliche Armee vom Ticino bis an die Grenze Polens befehlighenden Generale, erfährt man noch, daß General Legeditſch die Armee in Vorarlberg und General Standeisky aus Triest außerdem ein abgesondertes Korps an der Grenze Vorarlbergs kommandiren wird. Die zu einem Zweck vereinigten Armeen Oesterreichs und Rußlands stehen so gegen 700,000 Mann vom Ticino bis nach Kalisch, schlagfertig um dem Lord Palmerston Achtung einzufloßen. — Die neuesten Briefe aus Konstantinopel, vom 11. Oktober, bringen noch keine Lösung der Flüchtlingsfrage. Es hatte sich nichts verändert.

N. B. Wien, 22. Oktober. [Tagesbericht.] Die Ernennung des FML. v. Schönhals und des Baron Kübel zu österreichischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt in Frankfurt ist definitiv erfolgt. — Bekanntlich hieß es bereits vor mehreren Jahren, es habe sich aus den Archiven die gänzlich schuldlosigkeits Wallensteins herausgestellt. Hiergegen tritt nun im heutigen „Oesterreichischen Correspondenten“ Herr E. Straube mit archivariſchen Nachweisungen auf, welche das Gegentheil darthun sollen. Herr Straube ist als Verfasser mehrerer historischer Romane und als Mitarbeiter der ehemaligen „Wiener Modezeitung“ bekannt. — Der französische „National“ ist seit heute hier verboten. Man giebt die Schuld höchst heftigen Artikeln gegen das Oberhaupt Oesterreichs und gegen das österreichische Militär. — Aus zuverlässigen Berichten erfährt man, daß die neue Einkommensteuer sich nicht auch auf die Coupons der k. k. Staatspapiere erstrecken wird, weil dieselben als ein Passiv-Vermögen des großen Ganzen betrachtet werden. Hingegen soll eine bedeutende Erbsteuer, eine Fenster-, Equipagen- und Dienerschafts-Steuer, so wie eine Hypothekensteuer ins Leben treten. Darnach wird auch das Einnahmsbudget für das Jahr 1850 auf mehr als 40 Millionen Gulden (mit Ausnahme von Siebenbürgen und Ungarn) größer als jenes der früheren Jahre veranschlagt, wodurch

die Auslagen für den nun, und noch auf lange Zeit, vermehrten Militärstand gedeckt werden können.

[Verschiedenes.] Wir vernehmen, daß Graf Gyulai zum Kommandanten des ersten Armeekorps ernannt worden ist, und Graf Dahlen das Portefeuille des Krieges übernimmt. — Se. k. Hoheit der Erzherzog Albrecht ist gestern Abends nach Prag abgereist. — Der außerordentliche Gesandte Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich beim russischen Hofe, Graf Buol-Schauenstein, ist in St. Petersburg angekommen. — Außer den erwähnten Veränderungen in der Armee sollen von Sr. Majestät noch folgende genehmigt worden sein. Feldmarschall Graf Radetzky wurde zum Gouverneur in Italien ernannt, FML. Baron Haynau definitiv zum Ober-Kommandanten in Ungarn. In gleicher Eigenschaft ist der FML. Baron Hammerstein in Galizien, FML. Graf Bratislaw in Nieder-Oesterreich designirt worden. FML. Gerhardt ist ad latus des Feldmarschalls Radetzky, FML. Böhm ad latus des FML. Gr. Bratislaw. Zu Festungs-Kommandanten wurden ernannt: FML. Gorzkowsky in Olmütz, FML. Simunich in Arad. Civil- und Militär-Gouverneur von Venedig wird FML. Puchner. Als Divisionäre kommen FML. Legebitſch nach Vorarlberg, FML. Fürst Schwarzenberg nach Mailand, FML. Gr. Clam-Gallas nach Wien. Wieder angestellt wurde FML. Graf Wrba als Festungs-Kommandant in Italien. Zum FML. ist FML. Graf Revenhüller avancirt. Pensionirt wurden die Herren Feldmarschall-Lieutenants: Wigelsberg, Egorich, Sanchez. — Das gesammte österreichische Heer wird in vier Theile getheilt, ein Theil für die deutschen Provinzen (Erzherzogthum Oesterreich, Inner-Oesterreich, Deutsch-Byron), unter dem Kommando des FML. Grafen Bratislaw; der zweite für Italien, unter Feldmarschall Radetzky; der dritte für Ungarn, unter FML. Baron Haynau; der vierte für Galizien u., unter FML. Graf Hammerstein. Ein fünftes Corps werden die Grenzen unter FML. Banus Jellachich bilden. Diese großen Heerestheile zerfallen dann wieder in vierzehn Armeekorps, welche immer im mobilen Stande erhalten werden, um nöthigenfalls da und dorthin verwendbar zu sein. Der Chef des gesammten Generalstabs bleibt der FML. Baron Hess. Außerdem wird eine General-Adjutantur, mit dem ersten General-Adjutanten Grafen Grüne an der Spitze, errichtet werden, mit welcher sämtliche Adjutanten der Armeekorps in beschleunigte Verbindung treten. (Lloyd.)

Wien, 22. Oktober. [Haynau. Hinrichtungen in Pesth. Militärisches. Ungarische Familien in Wien.] Die Drohung des Baron Haynau, im Fall daß ihm in Bezug auf die kaiserl. Vollmacht in Ungarn nicht sein volles Recht geschehen würde, seine Generalsstelle niederzulegen und den österreichischen Staat zu verlassen, hat die Wirkung gehabt, daß ihm sein Wirkungskreis ungeschmälert verblieb, indem die Entschlossenheit des eisernen Feldherrn die Ueberzeugung hervorrief, daß man gegen Haynau nicht in jener Weise verfahren könne, wie gegen den Fürsten Windischgrätz. Baron Haynau verweilt gegenwärtig hier, wo ihn, wie es heißt, die Kur eines Augenleides festhält, und, wenn nicht ganz unwahrscheinliche Ereignisse eintreten, so wird er auch ohne Zweifel auf seinen Posten nach Ofen zurückkehren. Dieser Wendung der Dinge ist denn auch die neuerliche Hinrichtung dreier ungarischer Stabs-offiziere zuzuschreiben, die vorgestern auf dem Holzplatz hinter dem Neugebäude stattfand, und die Reihe der politischen Exekutionen ist nun, da Haynau sein Recht behauptet hat, noch lange nicht geschlossen. Oberstlieutenant Giron, aus Breslau gebürtig und ehemals Militär, hatte in Compagnie mit Mosch eine Parfümeriehandlung gegründet und war später beim Ausbruch der Revolution Kommandant der von ihm errichteten deutschen Legion geworden; Fürst Woronicki, ein sehr junger Mann, diente früher als Dragoner-Lieutenant im k. k. Heere und wurde sodann Oberst und Chef der polnischen Legion, indeß Major Abancourt, ein in Revolutionen aufgewachsener Charakter, zuerst bei Kossuth und hierauf bei General Dembinski Adjutantendienste versah. Abancourt und Giron starben mit Heroismus, Woronicki dagegen, der sich vor dem noch gefahrenen Toilette gemacht, verlor am Holzplatz die Fassung und erwartete bleich und bebend die Exekution. (S. Pesth.) — Die Berathungen über die neue Militär-Verfassung sind endlich geschlossen und Graf Radetzky kehrte nach Italien zurück, wo er in der That die oft wiederholte Drohung auszuführen gedachte und Mailand mit Verona vertauschen wird, indeß Fürst Schwarzenberg, welcher derzeit in Vorarlberg kommandirt, als Gouverneur nach Mailand kommt und Feldzeugmeister Puchner, der zuletzt in dem unglücklichen Siebenbürgen den Oberbefehl geführt hat, sofort nach Venedig geht. — Es wohnen jetzt eine Menge ungarischer Familien

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.



(Fortsetzung.)

der höchsten Stände in unsern Mauern, indem sie unter den obwaltenden Umständen um keinen Preis in ihre Heimat zurückkehren wollen, bis sich die dortigen Verhältnisse einigermaßen geklärt haben werden. Der größte Vortheil fließt hierdurch den hiesigen Musikleuten zu, welche schon lange nicht so vollauf beschäftigt worden, wie eben jetzt, wo sie von den flüchtigen Magnaten in Anspruch genommen und reichlich bezahlt werden, denn in den meisten Häusern sucht man den patriotischen Gram bei Polyhymnia zu vergessen, da selbst Literatur und Theater der schmerzlichen Anklänge aus dem Bereich der Politik zu häufig darbieten. Vielleicht ist die Hand der Altconservativen glücklicher im Saatenfeld, als auf dem Forum, sowie die Lybier, ein politisch verkümmertes Volk, die Leier gar meisterhaft zu schlagen wußten! —

N. B. Wien, 23. Okt. [Tagesbericht.] Die k. k. Truppen in Ungarn haben bereits die Winterdislokationen bezogen, und es sind 84 Ortschaften mit Garnisonen (mindestens je 1 Bataillon) versehen worden. — Nach einem im Kriegsministerium abgefaßten detaillierten Ausweise sind in Ungarn im Ganzen 660,151 Flinten, 2879 Pistolen, 216,000 Säbel, 2073 Lanzen und 500 Kanonen verschiedenen Calibers der ungarischen Armee abgenommen worden. — Die Bestimmungen über die Unverletzlichkeit des Hausrechtes sind bereits von dem früheren Justizminister in Ausarbeitung genommen worden und sollen demnächst zur Veröffentlichung gelangen. — Dem Vernehmen nach sollen hier wiederholt Beleidigungen gegen Militärpersonen vorgekommen sein, und es ist daher eine verschärfte Erinnerung an die diesfälligen bestehenden Verordnungen von Seite der Stadtkommandantur erfolgt. — Gestern ging ein Transport Silbergeldes von hier nach Pesth ab, wovon ein Theil als dem dortigen Handelsstande von Sr. Maj. bewilligte Anleihe ausbezahlt wird. — Gegen die vor einiger Zeit mit Bestimmtheit angegebene Nachricht einer Nichtanerkennung der früheren ungarischen Banknoten erheben sich noch immer Zweifel; vielmehr taucht wieder die Meinung auf, es werde den hierüber herrschenden Ansichten Rechnung getragen und eine Entschädigung auf die ungarischen Landeseinkünfte bewilligt werden. — Der k. k. Gesandte zu London, Graf Colloredo, hat seine Entlassung eingereicht. — Außer den Personalnotizen über die Kommandantenstellen der verschiedenen Truppenkorps verläutet sehr Weniges über die Konferenzen, welche die österreichischen Heerführer jüngst gehalten. Daß Ungarn und Siebenbürgen, sowie Italien unter Militärgouverneurs gestellt bleiben, erklärt sich aus dem Borangegangenen. Allein auch Croatia, Slavonien, Dalmatien, Galizien, die Bukowina und Krakau und sogar das österreichische Küstenland soll in der Weise administriert werden, daß das Civil- und Militärgouvernement in einer Hand vereinigt sei. In welcher Weise die Uebergangsperiode bis zu einer vollständig geordneten konstitutionellen Civilgewalt in den anderen Provinzen ausgeführt werden soll, ist nirgends angedeutet; für Wien und Prag aber ist eine Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht so bald zu erwarten. Die Aufrechterhaltung ungestörter Ruhe wird durch die Militäradministration vollständig gewährleistet, allein die Durchführung der Reformen, welche so oft an den Fähigkeiten oder an dem Willen der unteren Beamten scheiterten, werden jener Kontrolle entbehren, die am leichtesten und schnellsten die Regierung von den Uebelständen benachrichtigt. Die militärischen Institutionen werden stets die ganze Sorgfalt des Gouvernements in Anspruch nehmen, und nur mittelbar wird es an der Civilverwaltung Theil nehmen können. Diese Unterordnung der Civilverwaltung ist ein Hemmnis des raschen Eingreifens in konstitutionellen Formen. — Se. Majestät haben nach Anhörung des Ministerrathes beschlossen, in Ungarn das Grundsteuerkataster einzuführen, aber bis zur Vollendung desselben die frühere Kriegs- und Domestikalsteuer für das Verwaltungsjahr 1849/50 zu belassen. Auch die sonst befreiten besitzenden Einwohnerklassen sind der Besteuerung zu unterziehen, ohne daß Jemand aus seiner persönlichen Eigenschaft eine Ausnahme beanspruchen kann. — Auch für Siebenbürgen ist eine gleiche Verordnung ergangen, um die Gleichheit aller Reichskörper vor dem Gesetze in Absicht auf die Tragung öffentlicher Lasten herzustellen, und ohne welche der Verkehr zwischen Ungarn und Siebenbürgen und den übrigen Kronländern von den durch die Zwischenlinie verursachten Hemmungen nicht befreit werden kann. Bis zur Vollendung des Katasters verbleibt das bisher bestandene Kontributionsystem, dem jedoch die bisher steuerfrei gewesen Personen und Gegenstände einzuverleiben sind. — Nach Vortrag des Finanz-Ministers genehmigten Se. Majestät die Erhöhung der Verzehrgeldsteuer für gebrannte

geistige Flüssigkeiten und für das in Galizien erzeugte Bier. Bei Anwendung mehrliger Stoffe, dann von Kernobst, Wurzeln und dergleichen ist 10 Kr. für den niederösterreichischen Eimer zu zahlen. Bei Anwendung von Steinobst, dann Wein und Most sind 15 Kr. zu zahlen; bei Anwendung von Abfällen der Zuckerraffinerien, Syrup etc., dann endlich von Stäkemehl 3 Fl. für den Eimer erzeugter Flüssigkeiten. Der Einfuhrzoll aus dem Auslande bleibt  $4\frac{1}{2}$  Fl. für den Eimer. Für Bier ist 30 Kr. für den Eimer Steuer zu zahlen.

Prag, 20. Okt. [Das Observations-Korps.] Jeder Tag bringt uns neue Truppenzüge. Soldaten aller Branchen, Infanterie, Kürassiere, Jäger, Chevaulegers passierten vorgestern und gestern unsere Stadt. Das 3. Bataillon von Rheinheller Inf., das seit längerer Zeit hier in Garnison stand, marschirt heute nach der nördlichen Grenze Böhmens ab, und das 4. Bataillon desselben Regiments, das dieser Tage aus Wien hier erwartet wird, hat dieselbe Bestimmung erhalten. Als die Stationsorte dieser Truppenabtheilungen nennen die Pr. Nov. Hohenelbe, Böhmischleippa und Komotau. — Und während die für das böhmische Observationskorps bestimmten Truppenkörper ihren Marsch nach Norden und Nordwesten fortsetzen, gehen zugleich wieder andere Abtheilungen nach Süden ab. So sollen noch im Laufe dieser Woche ein Bat. v. Welden Inf. und eine Division Kaiser-Kürassiere von hier nach Ungarn befördert werden. — Das Armeekorps, welches um Pilsen herum aufgestellt werden soll, wird 24 Bat. Inf., 3 Reg. Kavallerie und 11 Batterien zählen. (Prag. Bl.)

L. Krakau, 22. Okt. [Die Adelparteien in den russischen Ostseeprovinzen.] Ein Artikel der Moskischen Zeitung von der russischen Grenze (Nr. 244 der Bresl. Z.) enthält so viele unrichtige Behauptungen über den vielleicht wichtigsten Gegenstand der russischen inneren Politik, daß ich mir erlaube, hier einige Berichtigungen folgen zu lassen. Die Konversion der Protestanten in den Ostseeprovinzen ist weder eine Maßregel des hierarchischen Papenthums, noch der russischen Adelpartei, aus dem ganz einfachen Grunde, weil weder das Papenthum noch der Adel in Rußland politische Maßregeln ergreifen oder durchführen können. Es giebt in Rußland nur eine Politik, nur eine Partei, nur ein religiöser und politischer Glaube, und all dieses konzentriert sich in der Person des Kaisers aller Rußen. Das in Bezug auf die Ostsee-Provinzen eingehaltene System ist nichts weiter als die konsequente Emanation der traditionellen dynastischen Politik, die schon von den moskowitischen Großfürsten dunkel angebahnt, mit Peter I. zum Bewußtsein kam, von allen seinen Nachfolgern getreulich verfolgt wurde. Es ist ganz einfach die fortwährende Vergrößerung des russischen Reiches und die Ausbreitung der unfehlbaren, altgläubigen, griechisch-katholischen Kirche. Beide Zwecke müssen um so mehr mit gleichem Eifer verfolgt werden, als eines das andere fördert und das eine Ziel ohne Hilfe des Anderen nicht erreicht werden kann. Die Erlangung der Ostseeprovinzen lag im Interesse des einen Theils der russischen Politik, ihre Russifizierung bildet den anderen, ergänzenden Theil derselben. Die Bekehrung der Esthen und Letten zur russischen Kirche wird eben so eifrig betrieben, wie das Heranziehen des deutschen Adels der Ostseeprovinzen an den Hof und seine scheinbare Bevorzugung, die vielleicht manchem russischen Großen ein Dorn im Auge ist, aber vom Kaiser nur im Interesse des durchzuführenden Prinzips angewendet wird. Der deutsche Adel wird durchaus nicht aufgefordert, nach Deutschland zurückzugehen, ja man sucht ihm im Gegentheil jede Berührung mit seinen deutschen Brüdern zu erschweren oder gänzlich abzuschneiden, den literarischen Erzeugnissen Deutschlands ist der Zugang in die Ostseeprovinzen ebensosehr wie in die anderen Theile Rußlands fast abgesperrt, und einem Deutschen aus Kurland, Esthland oder Livland ist es eben so schwer, vielleicht noch schwieriger, einen Paß ins Ausland zu erlangen, wie einem Gutsbesitzer aus dem Moskauer oder Nowgoroder Gouvernement. Die Auswanderung ist aber in Rußland Niemandem, er sei Pole, Deutscher, Tartare oder Russe, gestattet, und es wäre wohl lächerlich, zu glauben, daß die deutschen Edelleute aus Verdruss über die Bekehrung der Letten emigriren und ihre Güter ruhig konfiszieren lassen werden. Sie gehen im Gegentheil größtentheils in russische Dienste, wo sie zu den ersten Stellen, theils schon wegen ihrer besseren Erziehung und glänzenderen Fähigkeiten, theils auf ausdrückliches Verlangen des Kaisers befördert werden. Die bedeutendsten Plätze am Hofe, um die Person des Kaisers und in der Armee sind mit Deutschen aus den Ostseeprovinzen besetzt, und die Meisten dieser hohen Würdenträger sind gleichfalls auf Verlangen oder nach dem geäußerten Wunsche Sr. Maj. mit Töchtern russischer Großen verheirathet, ihre Kin-

der gehören also schon nach dem russischen Gesetze zur griechischen Kirche, und werden in russischen Anstalten erzogen. Der Hauptzweck des Kaisers wird also auf diese Weise erreicht. Schon sind die ersten historischen Familien der Ostseeprovinzen, die Benckendorfs, die Rosen, die Kleinmichels, die Wittgensteins in ihren Kindern, Mitglieder der griechischen Kirche und dadurch allein ihre ganz russische Erziehung abgerechnet, der bindende Nerv mit Deutschland abgeschnitten. Die Konversion der Bauern ist nur der zweite, weniger wichtige Schritt zur Russifizierung des Landes. Mit dem Gewinnen des Adels hat Rußland die Intelligenz des Landes auf seine Seite gebracht. Auch die bürgerlichen Städte in den Ostseeprovinzen, eine rein deutsche Bevölkerung, suchen ihre pekuniären Vortheile in dem innigeren Anschlusse an Rußland. Viele gehen als Aerzte, Lehrer und Verwalter ins Innere Rußlands und kehren mit russischen Frauen zurück. Deutsche Kaufleute verheirathen ihre Töchter an die in den Ostseeprovinzen angestellten Beamten. Die Dorpater Universität hat seit ihrer russischen Reorganisation aufgehört, eine Pflanzschule deutscher Bildung zu sein, und ist zu einer russischen Universität mit all ihrer militärischen Disziplin herabgesunken. Nun braucht freilich nicht mehr, als die Bauern dem Luthertume abtrünnig zu machen, was bei der Unwissenheit derselben keine Herkulesarbeit ist, und das Werk der Russifizierung ist vollendet. Der Artikel der Moskischen Zeitung spricht von lutherischen Unterthanen der deutschen Herrschaften und von ihrer Bedrückung durch dieselben. Es existirt aber in den Ostseeprovinzen kein Unterthänigkeitsverhältniß zwischen dem Bauer und dem Gutsbesitzer. Der Bauer ist dort völlig frei, er ist weder Leibeigener noch Unterthan und hat gegen den Gutsbesitzer gar keine Verpflichtungen. Der Edelmann ist freilich der Besitzer des Landes, aber er bedarf doch des Bauers zur Bearbeitung desselben. Es wird also zwischen Bauer und Edelmann ein Vertrag abgeschlossen, der nur für ein Jahr gültig ist, und nach welchem der Gutsbesitzer dem Bauer einen gewissen Flächenraum Landes zur eigenen Benutzung gegen eine gewisse Zahl Arbeitstage für dieses Jahr überläßt. Ist der Bauer schlecht behandelt oder beeinträchtigt worden, steht es ihm frei, am Ende des Jahres den Vertrag aufzusagen und andere Bedingungen zu fordern, oder mit einem andern Gutsbesitzer abzuschließen. Das Verhältniß des deutschen Adels in den Ostseeprovinzen zu den Esthen und Letten ist also ein solches, daß ihre Bekehrung ihm nicht im geringsten das Leben unter russischem Scepter verleidet, eben so wie sein Verhältniß zur Regierung, das ist zur Person des Kaisers, kein derartiges ist, daß von einer Opposition einer russischen Adelpartei, im Falle eine solche selbst vorhanden wäre, die Rede sein könnte.

Pesth, 20. Oktober. [Hinrichtungen.] Heute gegen 6 Uhr ging ich den Donauquai entlang, in der Richtung des Neugebäudes. Die Stadt lag noch in dunklen Schatten gehüllt, während jenseits die ersten Sonnenstrahlen die Gegend aufs Herrlichste beleuchteten. Ich gedachte dabei der Unglücklichen, die in eben dieser Stunde vielleicht für immer ihr düsteres Erdenleben schließen, um in dem sonnigen Jenseits des Allgütigen versöhnende Liebe für ihre irdischen Thaten entgegenzunehmen. Je näher ich dem verhängnißvollen Platze kam, desto mehr schwoll der Strom der Neugierigen an, welche gleich mir à la recherche der traurigen Gewissheit ausgingen, einer Gewissheit, die uns nur zu bald ward, denn kaum hatten wir um die Ecke der Kaserne gebogen, als die blanken Säbel der auf dem Holzplatze postirten Kavallerie jeden Zweifel entfernten. Schon nach wenigen Minuten langte dann auch ein Infanterie-Bataillon an und bildete einen engen Kreis um die gegen halb sieben Uhr auf den Richtplatz tretenden Inquisiten. Jetzt wirbelte die Trommel; ihr dumpfes Erzittern mochte, wie in dem meinigen, auch in manchen andern Herzen einen entsprechenden Wiederhall erzeugt haben. Als wieder Stille eintrat, wurden die Todesurtheile verlesen, die Sentenz dauerte lange, sehr lange. Endlich bestieg der Erste das Hochgericht. Es war ein schöner junger Mann, und wie mir mein Nachbar berichtete, hatte er sich noch gestern Morgens der besten Laune erfreut, und heitern Sinnes sich zum Anhören des Urtheils vorbereitet. Erst als er die Berufung auf das Theresianische peinliche Gesetzbuch vernahm, überfiel ihn Todtenblässe die ihn auch heute nicht verließ. Seine Haltung zeigte von Entnuthigung; das drohende Henkerbeil beugte den Fürsten Woroniecki zu Boden. \*) Vor dem

\*) Das amtlich publicirte kriegsgerichtliche Urtheil lautet bei allen Dreien auf „Tod durch den Strang“ und ebenso meldet die amtliche Publikation, daß auf diese Weise die Hinrichtung erfolgt sei. Sollte der Augenzeuge des ministeriellen Kloyd so schlecht gesehen haben? Oder sollte zu guter Letzt noch eine Begnadigung „zum Weil“ eingetreten sein? Red.



Ausbrüche der ungarischen Bewegung Lieutenant in den Reihen der k. k. Armee, gründete er zur Zeit des Krieges ein polnisches Corps, ward später Oberst der polnischen Legion und fiel in Szureg den bei Siegedin über die Theiß stehenden Truppen Haynau's in die Hände. — Dem Fürsten folgte Abancourt. Bereits nach Beendigung der polnischen Revolution zu zwanzigjährigem Festungsarrest condemnirt, schloß er sich gleichwohl auch der ungarischen Bewegung an, leistete ihr als Adjutant Dembinski's bedeutende Dienste, und ward vor wenigen Wochen in einem hiesigen Gasthause arretirt. Gefaßter und minder entmuthigt als sein Vorgänger richtete er vor seinem Ende noch einige Worte an das umstehende Publikum. — Der dritte und letzte war Giron, Vater von 3 Kindern. Er kommandirte die deutsche Legion, unterstützte die Erstickung Orens, und soll seiner militärischen Thätigkeit halber zum substituierenden Festungs-Kommandanten von Komorn designirt gewesen sein. In die Gefangenschaft gerieth er bei Peterwardein. — Ein gemeinsames Gebet des Militärs und der Zuschauer „für die sündigen Seelen“, wie meine Nachbarin es charakterisirte, beschloß die Scene, von der wir mit vollem Herzen gewünscht hätten, der Fürst Liechtenstein möchte sie uns ersparen; war doch ganz Pesth geneigt, in seiner interimistischen Uebernahme des Armees-Oberkommandos einen Akt der kaiserlichen Gnade zu begreifen.

(Kloyd.)

**Kronstadt, 14. Okt.** Die zwei Bataillone vom russischen Infanterie-Regiment Modlin und die Batterie Nr. 4 sind heute früh nach der Walachei abmarschirt. Heute Vormittag sind frische kaiserlich russ. Truppen hier eingerückt, welche Dienstag früh wieder abmarschiren werden.

(Kr. 3.)

### Osmanisches Reich.

Wir erhalten über Triest Briefe und Zeitungen aus Konstantinopel und Smyrna bis zum 12. l. M. Denselben zufolge besteht die bei Zeitin-Burnu concentrirte türkische Armee aus zwei Korps von 53,000 Mann. Am 10. führten sie in Gegenwart des Sultans, der Sultanin-Mutter und eines glänzenden Hofstaates ein Manöver aus, das, wie der Korrespondent des „Impartial“ sich ausdrückt, offene Beweise von den immensen Fortschritten darbot, welche die Kriegeskunst in dem Zeitraum von wenigen Jahren in der Türkei gemacht hat. Für das diplomatische Korps war ein besonderes Fest aufgeschlagen. Man bemerkte in demselben den englischen Gesandten, den bevollmächtigten Minister der französischen Republik und einige andere Gesandte. Beim Schlusse des Manövers brachten die Truppen dem Sultan ein Lebehoch. — Ein Schreiben aus Salonich versichert, daß von Seeräuberei seit einiger Zeit keine Spur mehr vorhanden sei; es scheint indeß, daß die Piraten jetzt nur vorsichtiger sind, da einige Kriegsschiffe im Golf Kreuzzug, aber ihre Schlupfwinkel wieder verlassen werden, wenn sie sich sicherer glauben. So lange nicht mit aller Energie ihre Verfolgung betrieben wird, ist eine völlige Sicherheit für die Schifffahrt auf unsern Gewässern nicht zu erwarten. In der That fand auch in der Nähe von Scala Nuova am 2. wieder ein Seeräub statt. Ein von Thesme abgegangenes Schiff wurde von einer Piraten-Barke überfallen, und Herr Urquart, englisches Parlaments-Mitglied, welcher sich am Bord befand, wurde aller seiner Habseligkeiten beraubt. — Die Insel Samos, auf welcher die Ruhe nach den neuesten Nachrichten noch nicht hergestellt war, ist von drei Briggs, zwei Goletten und zwei Dampfern, unter dem Befehle des Contre-Admirals Mustafa Pascha blockirt.

(Kloyd.)

### Großbritannien.

**London, 20. Okt.** [Adresse. Stimmung.] Aufsehen erregt eine von mehr als 2000 Einwohnern Bristol's an Lord Palmerston erlassene Adresse zur Billigung seiner Politik in Betreff der Uebergriffe Rußlands, worin es heißt: „Wir fühlen uns in der gegenwärtigen Krisis der europäischen Angelegenheiten berufen, Ew. Herrlichkeit unser Erstaunen und unsere Besorgniß auszudrücken über die durch, aus unzulässige Stellung, welche Rußland in Bezug auf ein internationales Recht eingenommen hat, so wie unsere wachsenden Befürchtungen wegen des Uebergriffs einer Macht, deren Einfluß stets in demselben Verhältnisse wachsen muß, in welchem die konstitutionelle Freiheit derjenigen Nationen, die sie angreift oder deren Politik sie beherrscht, sich schwächt oder abnimmt.“

Die unruhige Stimmung der Bevölkerung giebt sich wieder in schrecklichen Akten der Rache, in Mordattentaten gegen die Verwalter der größeren Güter kund. Ein solches Schicksal traf am Sonntag den 14. d. M. den Agenten des Baronet Sir St. George Gore, einen Herrn Karl Eage, welcher nach der Kirche eines benachbarten Ortesritt und auf dem Wege durch mehrere Schüsse aus einem alten verfallenen Hause meuchlings getroffen, todt vom Pferde sank. Noch ist man der Mörder nicht habhaft geworden.

### Frankreich.

× **Paris, 21. Oktober.** [Fortdauernde Krisis. — Nachrichten aus Konstantinopel, Rom und Florenz.] Nach der gestrigen Abstimmung über

die römische Frage hätte man glauben sollen, daß das Ministerium und das Elysée einen dauerhaften Frieden geschlossen haben, und daß während der ersten 14 Tage wenigstens von keinem Ministerwechsel die Rede sein würde. Allein ein solcher Glaube hat sich nicht einmal während der Dauer des gestrigen Abends erhalten können. Kurz nach dem Schlusse der Sitzung erfuhr man, daß der Präsident der Republik eben so unzufrieden mit der Rede Dd. Barrots ist, wie er es mit der von Tocqueville gewesen; daß er unzufrieden ist, weil die von Victor Hugo eingebrachte Tagesordnung verworfen wurde, und daß er endlich auch darüber irritirt ist, daß Dd. Barrot das zweite für den Moniteur bestimmte Schreiben des Präsidenten in der römischen Frage nicht auf der Tribüne verlesen hat. Das Vorhandensein dieses zweiten Schreibens, welches in der Form eines Briefes an den Konseil-Präsidenten abgefaßt war, ist nun nicht mehr zu bezweifeln, und mit diesem Schreiben Nr. 2 hat sich der Ministerrath seit dem Beginne der Debatten über die römische Frage täglich beschäftigt. Gestern vor dem Abschlusse der Kammerdebatte war die Nr. 2 noch der Gegenstand heißer Ministerdebatten. Louis Napoleon wollte, daß einer der Minister die Verpflichtung übernehme, diese Nr. 2 auf der Tribüne zu verlesen, und wie es scheint, hat er diese Gefälligkeit von Tocqueville erwartet, gleichsam als sollte dieser damit die wenig respektvolle Weise wieder gut machen, mit welcher der Minister des Auswärtigen von dem Schreiben Nr. 1 gesprochen hat. Allein Herr v. Tocqueville lehnte ab, indem er behauptete, daß nach Art. 67 der Verfassung die Akte des Präsidenten ohne Wirkung sind, wenn sie keine Kontratsignatur eines Ministers haben. Soll dem zweiten Schreiben die Weihe der Tribüne gegeben werden, fügte der Minister hinzu, so hieße das die Präntention aufstellen, das Schreiben als ein offizielles Dokument anzuerkennen, womit man sich aber der Gefahr aussetzt, zum Respektiren der Verfassung ermahnt zu werden. Wie es scheint, hat der Präsident die Argumentation Tocquevilles nicht goutirt, und da er diesen nicht überzeugen konnte, so wandte er sich an die Freundschaft Dd. Barrots. Er soll diesem gesagt haben, daß er, an den das Schreiben Nr. 2 gerichtet war, das Recht hätte, es auf der Tribüne zu verlesen, nicht als offizielles Dokument, sondern als einfache Mittheilung, wie das täglich auf der Tribüne mit Briefen geschieht. Dd. Barrot soll sich nur schwach gegen die Bitten des Präsidenten gewehrt und weder Ja noch Nein gesagt haben. Im Elysée rechnete man daher darauf, daß das zweite Schreiben des Präsidenten von der Tribüne herab zur Publizität gelangen werde, worauf man ein großes Gewicht legte. — Diese kleinen Differenzen im Minister-Conseil sind indeß vor der Eröffnung der gestrigen Kammer Sitzung bekannt geworden, und ein Mitglied der Rechten, Desmousséaux de Givré, läßt sich nicht abhalten, den Art. 67 der Verfassung von der Tribüne herab zu verlesen. Vergeblich rief die äußerste Rechte, die es gar nicht so ungern gesehen hätte, wenn Dd. Barrot sich ein wenig kompromittirte, Herrn Desmousséaux zu, daß er nicht das Wort habe; vergeblich ließ der Präsident die Glocke erschallen; vergeblich donnerte der Berg; der eigensinnige Vertheidiger der Verfassung ließ sich nicht abschrecken und verlas, so gut es anging, Art. 67 der Konstitution. Triumphirend begab er sich sodann auf seinen Platz, indem er laut genug, um gehört zu werden, vor sich hin sagte: „Jetzt ist Herr Barrot unterrichtet, und wenn er will, daß man ihn und den Präsidenten der Verfassungsverletzung anklage, so möge er das Schreiben lesen!“ — Dd. Barrot machte während seiner Rede mehrmalige Versuche, das Schreiben des Präsidenten zu verlesen, die Rechte verhinderte ihn daran, und er verzichtete zuletzt darauf. — Sie werden es begreiflich finden, daß eine solche Geringschätzung des ersten Beamten der Republik, der doch für alle unter seiner Regierung vorgenommenen Akte verantwortlich ist, nicht geeignet ist, ein gutes Verhältniß zwischen dem Präsidenten und der Rechten zu begründen. Aus dieser Lage der Dinge erklären sich die heute wieder auftauchenden Gerüchte von bevorstehenden Staatsstreichen. — Aus Malta wird unterm 10. d. M. gemeldet: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die englische Flotte das adriatische Meer verlassen hat, um sich nach den Dardanellen zu begeben. Die österreichische Flotte soll ebenfalls den Weg nach den Dardanellen eingeschlagen haben; allein sie besteht aus Schiffen, die sich nicht in Linie stellen können gegen Schiffe, die mit 36 Batterien bewaffnet sind. Nach den neuesten Nachrichten aus Konstantinopel sind die größten Besorgnisse des Divans auf die Gefahren vom schwarzen Meere her gerichtet, da sich in Sebastopol eine russische Flotte von 26 Schiffen befindet, die in 40 Stunden bei der Mündung des Bosporus in den Eurin sein kann. Die russische Flotte hat ohne Zweifel nicht die Kraft der Eskadren des Decidents; sie soll daher auch gar nicht beabsichtigen, in Schlachtlinien zu kämpfen, sondern bei den Zugängen von Konstantinopel Truppen ans Land zu setzen. Wie wir hören, hat sich die türkische Flotte quer über

den Bosporus gelegt und zwar an den engsten Stellen, um stärkeren Widerstand leisten zu können. Im Kriegsministerium berathschlugte man, die Hauptstadt von der Landseite zu sichern, und hat zu dem Zwecke die von Dmer-Pascha in der Walachei kommandirte Armee zurückberufen.“ — Eine Korrespondenz aus Konstantinopel im „Journal des Debats“ giebt interessante Details über Bem's Abschwörung des Christenthums. „Sobald General Bem — heißt es in der Korrespondenz — den festen Willen des Sultans erfuhr, die Auslieferung der Flüchtlinge zu verweigern, erklärte er, daß sein Vaterland seine erste Religion sei und da der Sultan dieselben Freunde und Feinde wie sein Vaterland habe, so wolle er Unterthan des Sultans werden, unter seinen Fahnen dienen und zum Islam übergehen; sein Entschluß wäre schon gefaßt gewesen, als er Ungarn verließ, und er habe sein Glaubensbekenntniß nur deshalb nicht früher abgelegt, um den Anschein zu vermeiden, als habe er der Furcht nachgegeben. Er fügte hinzu, daß er Niemanden auffordere, seinem Beispiele zu folgen. Die Generale Kmech, Slaen und etwa 30 Offiziere wollten sich jedoch nicht von ihm trennen, und traten seiner Erklärung bei. Kossuth, sehr aufgebracht gegen Bem, begab sich sofort in das Lager der Ungarn, theilte ihnen mit, daß die Pforte die Auslieferung verweigere, daß Frankreich und England die Pforte zu unterstützen scheinen, und daß er sie bitte, durch keine Apostasie die Fahne des christlichen Ungarn, der sie immer mit so viel Ehre gedient haben, zu beslecken. Einige Worte Kossuths geben zu verstehen, daß Bem und seine Gefährten den Versprechungen oder Drohungen der Pforte nachgegeben hätten, und dies verursachte eine solche Aufregung in dem Lager der Ungarn, daß man einen Augenblick eine Störung der Ruhe befürchtete. Dembinski hat anders gehandelt; er wurde nicht Muselman, erkannte es aber laut an, daß die Pforte dem Uebertritte Bem's ganz fremd geblieben sei, und er schrieb sogar an den Großvezir, um ihm seine Dankbarkeit auszudrücken. Bem heißt nun Murad Pascha. — Aus Rom wird gemeldet, daß der Papst sich nach Velletri begeben werde, sobald der Courier von hier die Nachricht von der Zustimmung der National-Versammlung zu dem Motu proprio überbracht haben wird. — Der Graf v. Thun ist am 12ten in Bologna angekommen, um die Civil- und Militär-Verwaltung der von den Oesterreichern besetzten päpstlichen Provinzen zu übernehmen. — In Florenz haben in einigen Stadtvierteln Versammlungen stattgefunden. Die österreichischen Wachen glaubten feuern zu müssen und haben Mehrere verwundet.

○ **Paris, 21. Okt.** [Das Votum der Kammer über die römische Frage.] Sanguinifer und Optimisten werden ohne Zweifel in Jubel ausbrechen über die gestrige Abstimmung der Nationalversammlung und über die ministeriellen Erklärungen, welche der Abstimmung vorangegangen sind. Das Ministerium hat erklärt, daß zwischen dem motu proprio und dem präsidientellen Briefe kein prinzipieller Unterschied besteht, Ministerium und Rechte sind also einverstanden; die kompakte Majorität, die für die Creditbewilligung gestimmt, beweist es. So werden jene Stimmen rufen. Lassen Sie sich aber nicht dadurch täuschen und glauben Sie, daß Frankreich am Vorabend neuer Stürme steht. Ihr Korrespondent, als unparteiischer Bericht-erstatte, und überhaupt jeder Deutsche, hat kein Interesse, für diese oder jene politische Fraktion in die Schranken zu treten, insofern es sich rein um innere Verhältnisse Frankreichs handelt. Er soll beobachten, hören, prüfen und für die Leser konstatiren. Was ich daher in den folgenden Zeilen auseinandersehe, mögen Sie nicht als persönliche Ansicht des Korrespondenten, sondern als die faktische Konstatierung der in den höheren Regionen herrschenden Meinung betrachten. Frankreich, heißt es da, ermüdet. Das französische Volk in seiner Mehrheit ist nicht radikal, selbst nicht durchgängig liberal. Es opfert vielmehr manche Freiheit, wenn es dafür materielle Vortheile erhält und vor allen Dingen, daß es nach außen groß und geachtet dastehe. Das Volk hat zu den alten konstitutionellen kein Vertrauen mehr, weil sie Frankreichs auswärtigen Einfluß haben schwächen lassen. Es will aber eben so wenig die Herrschaft der Radikalen, deren Unsicherheit, deren Persoile sich wiederholt offenbart hat. Eine starke Regierung, welche der Anarchie steuert, die als nützlich anerkannten Reformen durchführt und die auswärtige Politik in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung des Landes und unbeirrt durch Parteirücksichten leitet — eine solche Regierung wird allein im Stande sein, der Revolution Einhalt zu thun, sich auf die Dauer festzusetzen. Das ist der rothe Faden, der sich durch das politische Programm des Präsidenten der Republik zieht. Damit stimmt der Brief vom 18ten August überein. Er giebt der öffentlichen Meinung Ausdruck und jeder Rührung depopularisirt, untergräbt die Autorität des Präsidenten. Der Präsident ist mit der Rechten gegangen, weil er, gleich ihr, die Demagogie nicht will, er hat aber sein Ministerium aus dem tiers-parti genommen, weil die Führer der Rechten



theils zu retrograd, theils zu sehr der alten Dynastie ergeben sind. In der römischen Frage hat die Rechte ihn kompromittiren wollen, nachdem er ein energisches Wort gesprochen. Das Ministerium war beauftragt, seine Politik aufrecht zu erhalten; es hat das zwar gethan, jedoch auf equivoque Weise, indem es zu beweisen suchte, was falsch ist, daß nämlich das motu proprio die Wünsche des Briefes in der Hauptsache erfülle. Dies Equivoque hat zwar die Majorität zu dem gestrigen Votum bestimmt, dadurch jedoch ein neues Equivoque hervorgerufen, indem der Präsident durchaus nicht mit Montalembert und Falloux einverstanden ist. Der Präsident hat sein Werk engagirt, muß und wird es lösen, mit oder ohne Majorität. Dies ist in Kurzem die Ansicht, welche die Freunde des Elisee aussprechen. Daraus ergibt sich von selbst, daß meine Behauptung richtig ist, nämlich, daß mit dem gestrigen Votum die Frage keineswegs entschieden ist. Die Krisis ist nicht gehoben, sondern nur hinausgerückt. Prinzipiell besteht eine Disharmonie zwischen dem Präsidenten und der Majorität, welche früh oder spät zum Austrag kommen muß. Vor dem Beginn jener Debatte war noch die Aussicht vorhanden, daß das jetzige Ministerium sich eine kompakte Majorität, übereinstimmend mit der Politik des Präsidenten bilde. Herr v. Tocqueville hat diese Aussicht in den Augen des Elisee vernichtet. Der Präsident ist mit dessen unentschiedenem Auftreten höchst unzufrieden und seit vorgestern sind ernstlich neue Ministerkombinationen erwogen worden, welche mehr nach der Linken neigen. Vielleicht sind sie momentan aufgegeben, allein es ist schon sehr bedeutungsvoll, daß man daran gedacht hat. Gewiß ist, daß an eine aufsichtige Versöhnung zwischen einem Theile der Rechten und dem Präsidenten kaum mehr zu denken. In der That muß man gestehen, daß das Auftreten der legitimistischen Partei in der letzten Zeit von der Art gewesen ist, daß die Person des Präsidenten sich dadurch tief verletzt sehen mußte. Waren doch Organe dieser Farbe bereits so weit gegangen, dem Präsidenten anzudeuten, man werde schließlich mit ihm transigiren und ihn für seine Dienste und seine Opfer entschädigen. Dieses Verfahren, welches einigermaßen erklärlich wäre, wenn Heinrich V. bereits vor den Thoren von Paris wäre, ist eine Insolenz unter den jetzigen Verhältnissen. Vielleicht hat es hauptsächlich dazu beigetragen, den Präsidenten mißtrauisch gegen seine bisherigen Draht zu machen. Das ist der Stand der Dinge. Sie mögen selbst beurtheilen, ob man sich dabei zu glänzenden Hoffnungen hingeben darf. — Erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen über den Gang der Debatte selbst. Weiter oben habe ich schon erwähnt, wie sehr man mit Tocqueville unzufrieden gewesen. Victor Hugo hat wohl den schlechten Eindruck wieder gut machen sollen, man vermuthet nicht ganz mit Unrecht, daß er das Vertrauen des Elisee besitzt. Montalemberts Rede, so wenig man der schwärmerisch-ultramontanen Richtung huldigen kann, enthält dennoch eine große Wahrheit, eine Wahrheit, die man auch in Deutschland wohl beherzigen mag. Nämlich, daß das Treiben der Radikalen der vernünftigen Freiheit einen Todesstoß gegeben, daß sie es sind, welche so vielen die Liebe zur Freiheit vergällen. Vielleicht wird man mit Hrn. v. M.'s. Definition des Radikalismus nicht ganz übereinstimmen können. Wahr bleibt es aber, daß jene Männer, welche einen Haufen Egoisten als das Volk und dessen Verlangen als Volk rufen, welche die Theorie von der irdischen Glückseligkeit predigen, welche sich rühmen, die Armut verschwinden machen zu können, deren Sprache stets die der Insurrektion ist, daß jene Männer, sagen wir, thätiger für den Absolutismus wirken, als das kleine Häuflein der sogenannten Reaktionäre, die nur von den Lasten ihrer Gegner leben. Mathieu de la Drome's Rede findet selbst auf der Rechten Anerkennung; wenige Mitglieder des Berges wissen ihre Energie in so anständige und parlamentarische Formen zu kleiden. Das rohe ungestützte Betragen des Berges bietet dazu einen entschiedenen Kontrast. Der Präsident Dupin, der allerdings nicht immer unparteiisch ist und namentlich zu viel diskutiert, hatte ganz Recht, als er vorgestern gewisse laszive Äußerungen der Rechten, discours d'estaminet nannte. Welche Schmach für Volksvertreter, solche Lektion hinnehmen zu müssen!

## lokales und Provinzielles.

§ Breslau, 24. August. [Katholischer Central-Verein.] Immer wachsende Zuhilnahme. Die großartigen Räume des Saales „zum russischen Kaiser“ sind bis an den äußersten Winkel mit Gästen jedes Standes und Alters vollgepfropft. Auf den rund umherlaufenden Gallerien die Frauen mit ihren Töchtern. Alles lauscht mit der gespanntesten Aufmerksamkeit auf die Worte der Redner. Eröffnung 7½ Uhr durch den Präsidenten, Hc. Wic. Feierliche Stille im Saal. Gegenstand des einkleitenden Vortrages: Das Verhältniß der menschlichen Vernunft zur göttlichen Offenbarung und zu deren einer Form, — dem

Wunder. Wie entwickelt die eine, Kanonikus Balzer die andere Seite des reichhaltigen Stoffes. Lebhafter, oft wiederkehrender Beifallsturm der begeisterten Zuhörerschaft unterbricht die Redner. — Aus dem Fragekasten: „Woher kommt's, daß, während für auswärtige Kirchen so Vieles gethan wird, der Aufbau der Kirchen-Ruine vor dem Nikolaithor noch immer unterbleibt?“ Erzpriester Thiel ertheilt die gewünschte Auskunft. Gedachte Ruine ist der Ueberrest einer Kirche, welche zu den ältesten Baudenkmälen unserer Stadt gehört. Diese wurde das erste Mal von den Hussiten, das zweite Mal im siebenjährigen Kriege und zuletzt während der Belagerung durch die Franzosen im Jahre 1806 zerstört. Die hiesigen Behörden weigerten den Wiederaufbau. Eine persönliche Verwendung des Redners bei dem ehemaligen Kultusminister v. Eichhorn hatte den Erfolg, daß eine königliche Kabinettsordre den Neubau der Kirche anbefahl. Mangelhafte Pläne und Zeichnungen wurden gefertigt, vom Vorstande jedoch verworfen. Endlich entstand durch Vermittelung des Ober-Bauraths v. Busse ein geeigneter Bauplan, welcher vom Könige eigenhändig revidirt, an die hiesige Regierung zur Vollziehung übersandt wurde. Man berief eine Gemeinde-Versammlung, es erschienen nur 5 Hauswirthe. Diese erklärten dem königlichen Kommissarius, für den Neubau der Kirche Nichts beisteuern zu wollen. Dem Staat liege vielmehr die Verpflichtung ob, was durch Feindes Hand zerstört worden, ganz zu ersetzen; 500 Thaler reichten hin, die Abräumung der Ruine zu bewerkstelligen. Das Weitere müsse man von der wiederkehrenden Ordnung der Staatsverhältnisse erwarten. — Sekretär Nabbyl macht auf die Geringschätzung aufmerksam, mit welcher die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer letzten Sitzung 40 Thaler für die Befoldung eines katholischen Geistlichen am Allerheiligen-Hospital bewilligt hat. Stadtrath Ludewig nimmt über denselben Gegenstand das Wort. Er habe dem Magistratskollegium bis vor 8 Tagen angehört. Da sei ihm nicht entgangen, daß der Magistrat auch die Interessen der katholischen Einwohner hiesiger Stadt nach Kräften zu wahren suche. Wenn ihm dies nicht immer gelinge, so liege die Ursache häufig in den fehlenden Geldmitteln. Die Äußerungen einzelner Stadtverordneten verdienen eben so den allgemeinen Unwillen, als die Anderer die dankbare Anerkennung der Katholiken. — Mittheilungen des Vorsitzenden: Aus Reisse ist ein Schreiben eingegangen, welches den Abgeordneten zu dem bevorstehenden Provinzial-Kongreß katholischer Vereine einen freundlichen Empfang verheißt. — Von jetzt ab finden die Zusammenkünfte des Vorstandes ohne vorherige Anzeige jeden Donnerstag 6 Uhr im Saale der „Ressource zur Geselligkeit“ statt. — Die vorgenommene Neuwahl des Vorstandes hat das Resultat ergeben: Es bleibt beim Alten!

\* Breslau, 24. Oktober. [Städtische Ressource.] Gestern Abend gegen 7½ Uhr füllte sich der Saal des Café restaurant mit Mitgliedern der städtischen Ressource. In der Gallerie und den Logen erblickten wir Damen. Herr Stadtgerichtsrath Pflücker eröffnete die Sitzung und machte im Namen des Vorstandes und der Beisitzer die Beschlüsse ihrer jüngsten Sitzung bekannt. Der Antrag von Ressourcen-Mitgliedern in Bezug auf einen Ball ist vertagt worden. Die Stimmen waren getheilt. Ein anderer Antrag von Mitgliedern ging dahin, auch die Wittwen, deren Männer Mitglieder der Ressource gewesen sind, ebenfalls zuzulassen. Der Antrag erhielt die Zustimmung des Vorstandes und der Beisitzer. Herr Pflücker berichtete dann von der erfolgten Aufnahme neuer Mitglieder. Ferner bemerkt er, daß der Vorstand keine politische Rundschau mehr liefern würde, doch bat er die Mitglieder der Gesellschaft, wenn irgend Jemand eine solche halten wolle, würde er stets willkommen sein. Der Fragekasten wurde eröffnet, und nun mischte sich Ernst und Scherz in mancherlei Form. Die Ballfrage kam natürlich an die Reihe, blieb aber meistens theils unerörtert, da die Antwort des Vorstandes bekannt war. Doch gab Herr Dr. Linderer die Versicherung, daß bei der nächsten Sitzung des Vorstandes, welche in 3—4 Wochen sein werde, die Sache wieder zur Sprache kommen werde. Durch eine Frage, die Erweiterung des Geschäftsverkehrs der hiesigen Bank betreffend, kam man auf den jetzt noch unbekannten Referenten des diese Sache betreffenden Artikels zu sprechen. Dieser Artikel sei bestimmt, Gehässigkeit zu erwecken, in der Absicht, nachtheilig auf die Bank und Commune einzuwirken. Die Provinz sehnt sich nach der Erweiterung der Bank, und für die Stadt Breslau selbst wäre es ein ungeheurer Gewinn (16—20,000 Nthlr.). Auch ein späterer Vortheil sei daraus zu ersehen, die bestehenden Steuern könnten durch den Gewinn auf 0 reduziert werden. Herr Schadow bemerkt, daß er gehört habe, daß in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung sich der Korrespondent des Artikels entweder schriftlich oder mündlich vertheidigen werde. Eine andere Frage betraf eine Privathypotheken-Bank. Herr Dr. Linderer bemerkte hierbei, daß bereits vor einem Jahre bei den Stadt-

verordneten davon die Rede gewesen sei, doch habe man nichts weiter darin gethan. Wenn eine solche Bank in Privathände käme und mit Energie betrieben würde, was ließe sich nicht daraus machen? Es sind hier für circa 18,000,000 Nthlr. Hypotheken, sie sind ein todttes Kapital, und es dauert 4—6 Wochen, ehe man eine solche Hypothek verwerthen kann. Herr Laßwitz fügt hinzu, daß bereits ein Projekt dem Finanz- und Handels-Ministerium vorgelegen habe, doch zurückgewiesen sei, und nun sei dieser Vorschlag geändert wieder an das Ministerium gegangen. Die Frage: „Wird die Gründung der neuen provisorischen Centralgewalt dem Zustandekommen eines deutschen Reichstages hinderlich oder förderlich sein?“ wurde von Herrn Dr. Stein dahin erörtert, daß die neue provisorische Centralgewalt dem Zustandekommen eines deutschen Reichstages eher hinderlich als förderlich sein werde. Eine Frage, ob der Beamte, welcher zur jetzigen Deputirten-Kammer nicht gewählt habe, den Verfassungseid leisten könne, wurde ernst und heiter beantwortet. Herr Hoyoll machte den Vorschlag, daß die Beamten, welche es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, den Verfassungseid zu leisten, nun zur Armee übertreten dürfen, da bekanntlich die Deputirten-Kammer den Antrag angenommen hat, das Heer nicht auf die Verfassung schwören zu lassen. — Die Versammlung trennte sich um 10 Uhr.

G. Breslau, 18. Oktbr. [Deutscher Volkskalender für 1850.] Die früheren Jahrgänge dieses Kalenders hatten das günstige Terrain für sich, daß sie nur liberalen Inhaltes zu sein brauchten, um im ganzen wohlhabenden und gebildeten Publikum Anklang zu finden. Eine Dosis allgemeiner Freisinnigkeit mit einer Zugabe belletristischer Nippssachen war ohne schwierige Auswahl leicht geschafft. Anders jetzt. Der allgemeine Liberalismus ist in einigen Mißkredit gekommen; das Publikum ist in bestimmte Parteilagen auseinandergepalten; es ist eine schwere Aufgabe, dem großen Leserkreise, den das Unternehmen eines Kalenders erfordert, alleseitig zu genügen. Wir müssen sagen, daß Herr Eduard Tremendt mit dem Inhalte seines neuesten Jahrganges diese Schwierigkeit überwunden hat. — Ohne direkt der Ausdruck einer exklusiven Partei zu sein und eine andere zu verletzen, spricht der Kalender eine bestimmte politische Ansicht aus. Seine Grundsätze sind die des ehrlichen Konstitutionalismus. Die Aufsätze über das Eigenthum und über das Wesen der konstitutionellen Monarchie von Franz Hoffmann, sowie die Erklärung der gebräuchlichsten politischen Stich- und Fremdwörter von A. Kattner verfolgen diese Richtung. Die historische Uebersicht, ein chronologisches Verzeichniß der bedeutungsvollsten Daten, namentlich für die preussischen Ereignisse, bis auf die Breslauer Kagenmusiken genau, gewährt dem Leser einen Anhaltspunkt für das Gedächtniß an das thatenreiche Jahr. — Den lehrhaften Theil ergänzen Aufsätze über wirtschaftliche Verhältnisse. Den reichen Stoff derselben erhebt man schon aus den Titeln: Gutta-Percha; für die Haus- und Landwirthschaft; Technologisches von Scharenberg; für deutsche, zunächst schlesische Auswanderer; über Düngungsmittel. — Einen gleich reichen Stoff bietet der unterhaltende Theil. Ueber die poetischen Beiträge in Versen und Prosa\*) werden Reaktionen, Konstitutionelle und Demokraten in gemüthlichem Ergötzen sich vereinbaren. — Die stehenden Kalender-Nachrichten sind wie natürlich vollständig. Die 8 Städtische sind nach geschmackvoller Wahl mit Sauberkeit. Die übrige Ausstattung ist durch die Uebereinstimmung mit den früheren Jahrgängen genugsam empfohlen.

[Landwirthschaftliches.] Seitens des Ministeriums für landwirthschaftliche Angelegenheiten ist unter anderen dem königlichen Oekonomierath Nothe auf Schloß Reisen, dem Rittergutsbesitzer Baron v. Lützwitz zu Simmenau, dem Wirthschaftsrath Elener zu Münsterberg, dem königlichen Amtsrath Heller zu Ehrzell, dem Gutsbesitzer v. Naumer auf Kaltwasser, die große silberne Medaille für Verdienste um die Landwirthschaft verliehen worden. (St.-Anz.)

E. [Bemerkungen über Landeskultur und andere Gegenstände auf einer Reise durch die Provinz.] Auf einer Tour aus Oberschlesien nach Niederschlesien konnte ich, wenn mir dies nicht schon früher bekannt gewesen, wahrnehmen, daß hier die Agrikultur ungleich weiter sei, als dort, wozu als lehrbegründend auch die klimatischen Verhältnisse das Ihrige beitragen. Man findet hier im Allgemeinen die Aecker sorgfältiger bestellt, als dort, auch herrscht im ganzen landwirthschaftlichen Verkehr ein regeres Leben. Indes sind auch in Oberschlesien große Fortschritte unverkennbar, und namentlich ragt dort die edle Schafzucht nicht unbedeutend über die von Niederschlesien hervor.

\*) Sechster Jahrgang: Breslau, Verlag von E. Tremendt.

\*\*) Von Franz Hoffmann, Karl von Holtei, Graf Strachwitz, Ferdinand Stolle, Max Ring und Anderen.



— Am 8. Oktbr. kam ich in die Gegend von Liegnitz und machte auch von da aus einen Abstecher in den Goldberg, Löwenberger, Schönaauer und Vollenhauer Kreis. Ein wüßtes Wetter, heftiger Sturm mit Regengüssen, verleidete mir die Reise zwar ein wenig, hinderte mich jedoch nicht, die Augen zu Beobachtungen zu öffnen. Die Felder waren damals noch sehr trocken, so zwar, daß die Saat kaum hätte vollständig aufgehen können. Mithin war den Landwirthen der Regen willkommen, obgleich er zur völligen Durchfeuchtung der Acker noch nicht ausreichend war. Der 4 Tage später fallende Schnee hat jedoch die Sache vollendet. Am stärksten fanden die Saaten, vornämlich aber der Rapps, im Goldberg Kreis. Beim Uebergange aus diesem in den Löwenberger Kreis fand ich bestätigt, was man mir schon unterwegs erzählt hatte, daß nämlich dort dies Jahr ein ungeheurer Ueberfluß an Obst sei, was so weit gehe, daß man den Scheffel Äpfel für 10 bis 12 Sgr. kaufe. An Ort und Stelle fand ich dies nicht allein bestätigt, sondern noch weit überboten, denn man hatte diese Obstgattung vom Baume herunter nur mit 6 bis 8 Sgr., ja in einzelnen Fällen gar nur mit 4 Sgr. bezahlt. Zu meiner Beschämung muß ich bekennen, daß ich, obgleich sonst mit den vaterländischen und insbesondere landwirtschaftlichen Zuständen meines Vaterlandes genau bekannt, — hiervon keine Vorstellung hatte, weil ich glaubte, nur in Süd- und West-Deutschland könne so etwas vorkommen. — Sowie man näher gegen das Städtchen Lähn kommt, findet man nicht allein die Dörfer wie in einem Walde von Obstbäumen liegend, sondern es durchschneiden auch lange Auen derselben die Felder. Der Sturm hatte die Bäume, als ich dort durchkam, heftig geschüttelt und es lag die Gottesgabe in Massen auf der Erde, selbst auf der Straße, wo vieles zertreten und zerfahren wurde. Dennoch bemerkte man fast gar keine Verminderung, denn es hingen die Bäume noch übermäßig voll. Allmählich wird dieser überreiche Segen sich wohl vertheilen, da man ihn nach allen Richtungen hin entsendet. Es ist zu bedauern, daß man noch nicht allgemein auf die Bereitung von Syder eingerichtet ist; denn dadurch würde man dem Unwerthe des Obstes und der daraus folgenden Verwüstung begegnen. Herr Häusler in Hirschberg, der bekanntlich viel Obstwein bereitet, soll dies Jahr sehr wählig sein, was er auch kann, da ihm die Frucht im Uebermaße angetragen wird. Sein Fabrikat kann also auch sehr gut werden. — Die rauhe Witterung und der starke Schneefall am 13. d. M. wird die dasigen Obstpächter in große Verlegenheit und Noth gebracht haben.

Nach dem Sturme vom 9. kam ein herrlicher Morgen am 10., wo ich in sehr lieber Gesellschaft die Burg Lähnhaus bestieg. Die Aussicht von da herab bietet eine Landschaft, die des Pinsels eines Claude Lorrain würdig wäre. Ringsum herrlich gruppierte Höhenzüge mit den bunten Tinten des Herbstes geschmückt und unten zwischen ihnen hindurch umschlingt das Silberband des Bobers grüne Auen, in deren Mitte das Städtchen Lähn liegt. Nur die Menge herrlicher Landschaften, welche von Löwenberg an längs des ganzen Sudetenzuges bis hinauf nach Troppau einander immer ablösen und überbieten, muß man als Ursache ansehen, daß diese hier nicht noch mehr beachtet wird. — In Rührigkeit, Fleiß und Gewandtheit scheint sich die Bevölkerung dieser Gegend auszuzeichnen, so wie aus ihrem ganzen Wesen auch viel Gutmüthigkeit hervorleuchtet. Hier fängt auch schon der Gebirgstypus, wie man ihn weiterhin gegen das Riesengebirge ausgeprägt findet, an, der sich besonders durch eine Gradheit, die in Verbtheit übergeht, bemerkbar macht, und der nur bei den hungernden Webern und Spinnern zurückgedrängt wird.

Ganz wie überall steht es um die Land- und Kommunikations-Wege in jenen Gegenden. Noch herrschte Trockenheit auf den Feldern und dennoch versank man auf den Straßen schon auf vielen Stellen im Kothe. Dieser schon tausendmal gerügte, mit Klagen und Satyre belegte Uebelstand scheint ein Schaden zu sein, der mit unsern innern Zuständen verwachsen ist, und gegen den eben so wenig ein Heilmittel zu finden, wie gegen die Cholera. Man glaubte, oder hoffte doch wenigstens, dieses Mittel darin gefunden zu haben, daß man in vielen Kreisen des Landes junge rüstige Männer als Landratshilfen anstellte. Aber es ist dieses eine von den Märgerrungen, deren Glanz einer spätern Zukunft vorbehalten zu sein scheint. — So komme ich unvermuthet auf die Politik, oder vielmehr auf die Märzereignisse des vorigen Jahres. In den Gegenden, von denen ich hier spreche, nahmen sie eine sehr ernste Wendung, und es war hier das standvoll mehr durchwühlt und aufgeregte, wie in vielen andern Gegenden. Ich hörte manche traurige, aber auch manche possierliche Anekdoten erzählen. Klug und energisch benahmen sich dabei mehrere katholische Geistliche, denen es auch zum Theil gelang, den Sturm, wenngleich nur momentan, zu beschwören. Hart wurden die Grundherren, so sich nicht gekümmert, insbesondere auch ihre Beamten, mitgenommen. Hier,

wie im ganzen Lande, stellte sich aber die betrübende Erfahrung heraus, daß die Unschuldigen am meisten zu leiden hatten, wodurch der Volkscharakter in unserm Vaterlande sich eben nicht im günstigsten Lichte zeigte.

— IV. Gr. Slogau, 22. Oktbr. [Communales. — Liedertafel. — Verschiedenes.] Unsere Kammerei-Hauptkasse ist in den letzten Monaten durch die bedeutenden Ausgaben für die unternommenen, namhaften Baue, z. B. den Umbau des einen Hauptflügels des Rathhauses, der Kanalisierung und Erweiterung der großen Oberstraße u. s. w., so in Anspruch genommen worden, daß man in Verlegenheit zu kommen glaubt, pro letztes Quartal die bevorstehenden Ausgaben bestreiten zu können. Stadtverordnete und Magistrat haben sich daher in dem Beschlusse vereinigt, die letzten 40 Stück Stadt-Obligationen (von 500 St. à 100 Thlr. zu 5 Proz.) zu veräußern. Anerkannt muß es werden, daß unsere städtischen Behörden das Mögliche gethan haben, um bei den gedrückten Zeitverhältnissen der hilfsbedürftigen und arbeitssuchenden Klasse unserer Einwohnerschaft Unterstützung und Erwerb zu verschaffen. Bei so großen ungewöhnlichen Anstrengungen unseres Stadthaushaltes ist es um so rührender anzuerkennen, daß die Väter der Stadt auch der hier mißunterkümmerlich bestehenden Lehrerverhältnisse gedachten. Von den 20 Lehrern an den städtischen Lehranstalten erhielten 11 theils Gehaltserhöhungen bis zu 250 Thlr., theils Gratifikationen von 20 — 30 Thlr. Die Summe, welche aus Kommunalmitteln für Schulzwecke jährlich verwendet wird, beträgt circa 1500 Thlr., an Naturalien über 80 Klaftern Holz bei meist freier Anfuhr. — Der Vereinigung des reformirten Schulsystems mit dem der evangelischen Bürgerschule steht nichts mehr im Wege. — In Bezug auf die, vom Magistrat der Hauptstadt, gemachte Mittheilung, daß derselbe bei den Kammern um Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer und Forterhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, nach den in der Denkschrift des Stadtrath Frieboß ausgesprochenen Prinzipien, durch die Kommune zu petitioniren beabsichtige, ernannten die Stadtverordneten in der letzten öffentlichen Sitzung auf Vorschlag des Magistrats eine aus 6 Mitgliedern der Versammlung bestehende gemischte Kommission, um diese wichtige Angelegenheit in Erwägung zu ziehen. — Bei näherer Prüfung des Kontraktes des neuangestellten Kommunal-Arztes beschloß die Stadtverordneten-Versammlung den Zusatz: „der Kommunal-Arzt sei auch zugleich Chirurg und Operateur,“ zu streichen, hingegen denselben zu verpflichten, den Gesundheitszustand der einwandernden und hier in Arbeit tretenden Handwerksgehilfen zu untersuchen. Beiden Punkten ist der Magistrat bis jetzt noch nicht beigetreten. — Dem Vorstand der Klein-Kinder-Bewahranstalt, deren wohlthätiger Einfluß namentlich der arbeitenden Klasse zu Gute kommt, wurde aus der Kammerei-Kasse ein jährlicher Zuschuß von 50 Thlrn. bewilligt um so mehr, als der Kassenbestand des letzten Rechnungsschlusses gegen den des vorhergegangenen Jahres um 70 Thlr. 14 Sgr. 11 Pf. geringer war. Die Einnahme dieses Instituts betrug an Beiträgen, Geschenken, Zinsen u. s. w. 456 Thlr. 24 Sgr. 1 Pf. Die Ausgabe für Miete, Lehrergehalt (144 Thlr. jährl.), Heizung u. dgl. 284 Thlr. 19 Sgr. 3 Pf. blieb Bestand nach der letzten Rechnungslegung 172 Thlr. 19 Sgr. 3 Pf. Die Anstalt besteht bereits seit 12 Jahren und nimmt besonders thätigen Antheil an dem Gedeihen derselben der in edler Wirksamkeit ausdauernde Frauen-Verein. — Auf den Antrag des Magistrats, bei Absendung der Unterzeichnungsliste die Beiträge zum Volksdanke für Preussens Krieger von 1 Thlr. 2½ Sgr. bis auf 10 Thlr. aus der Kammereikasse zu erhöhen, fanden die Stadtverordneten keine Veranlassung einzugehen. — Vorgestern Abend feierte die Liedertafel in den freundlichen Räumen des Logengebäudes das Stiftungsfest ihres 5jährigen Bestehens und Wirkens. Von 7—9 Uhr dauerte die musikalische Aufführung, die Zeit von 9—11 Uhr war den Tafelfreunden bestimmt, darauf folgte der Ball. Zur Aufführung kamen: „Das Gebet der Erde“ von A. Böllner, „Lob des Gefanges“ von E. Maurer, Chor der Gefangenen aus Fidelio von Beethoven, Krieger-Szene, von Fischer, den Schluß machten „Bilder aus den Burschenfahrten“ von J. Otto, welche, ihres glücklichen, aus dem Leben gegriffenen, Humors wegen, überall ihr Publikum finden werden, wenn namentlich auch die Deklamation in solch gute Hände gegeben ist, als es hier der Fall war. Daß die Liedertafel, die sich immer mehr Freunde erwirbt, auch während des bevorstehenden Winters, so wie alljährlich durch Aufführung eines oder mehrerer Concerts nicht nur ihren Eifer und ihre Liebe zur Kunst, sondern auch ihren Wohlthätigkeitsinn wiederum bethätigen wird, steht wohl mit Gewißheit zu erwarten und wollen wir hiermit freundlichst in Erinnerung gebracht haben. — Bei der bevorstehenden innern und äußeren Reorganisation der Gewerbeschule für den nächsten zu eröffnenden diesjährigen Cursus, ist, dem Vernehmen nach, auch dem Gesange auf dem betreffenden Fel-

tionsplane die gebührende Stelle eingeräumt worden; — gewiß auch hier ein erfreulicher, lohnender Fortschritt! — Das Projekt, hier einen Frauen-Gesangs-Verein zu gründen, taucht von Neuem auf, wir wünschen, daß das zusammengetretene Comité seine Bemühungen mit günstigem Erfolg belohnt sieht; schon im vorigen Jahre sollte ein dergleichen Verein zu Stande kommen. — Morgen Abend wird im Concertsaale der Violin-Virtuose G. Tettelbach aus Dresden sich hören lassen; derselbe ist von Musikern vom Fach an gelegentlich empfohlen. — Das 7te Linien-Infanterie-Regiment, welches bis zur vorjährigen polnischen Schildehebung seit langen Jahren theilweis hier in Garnison lag und nach der neuen Brigade-Eintheilung nach Breslau zu ziehen kommen soll, marschirt, nach der eigenen Aussage hiesiger Militärs, nach Schleswig-Holstein. Die diesem Regiment zugetheilten Rekruten, welche hier auspercirt werden, sollen demselben in Kürze nachfolgen.

Breslau. Im Bereiche der königlichen Intendantur des sechsten Armeekorps. Der Intendantur-Sekretär Riefe wurde zur Intendantur des Garde-Korps; der Montirungs-Depot-Commandant Winter von Breslau nach Berlin versetzt; der bisherige Kontrolleur des Montirungs-Depots zu Breslau, Böckel, ist zum Commandanten desselben befördert worden; der Hauptmann und Train-Kontrolleur Roloff in Breslau ist gestorben; die hierdurch erledigte Kontrolleur-Stelle ist dem Artillerie-Hauptmann a. D. Damm verliehen worden; der Lazareth-Inspektor erster Klasse, Trümpler zu Reiffe ist mit Tode abgegangen; der Lazareth-Inspektor erster Klasse Grosse zu Schweidnitz ist auf sein Ansuchen vom 1. November d. J. ab in Ruhestand versetzt worden; desgleichen vom 1. August d. ab der Kontrolle führende Magazin-Assistent Lucke daselbst; die Wahrnehmung dieser Stelle ist dem Proviant-Amte-Assistenten Homburg aus Koblenz interimistisch übertragen worden; desgleichen dem Magazin-Assistenten Bornemann aus Düsseldorf die Stelle als Kontrolleur bei dem Proviant-Amte zu Reiffe. — Im Bereiche des Appellations-Gerichts in Slogau wurden befördert: der Justitiarius v. Müller zu Roderdorf zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Schneidemühl mit der Praxis bei den dazu gehörigen Gerichts-Kommissionen unter Anweisung seines Wohnsitzes zu Schneidemühl und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg; versetzt: dem Rechtsanwalt und Notar Görlig ist die Verlegung seines Wohnsitzes von Greifenberg nach Löwenberg gestattet worden; — auf Wartegeld gesetzt: der Depositat-Commandant, Lieutenant a. D. Brun beim Kreisgericht Lüben; — pensionirt: der bisherige Patrimonialrichter Justizrath Schmidt in Görlig ist auf sein Ansuchen mit Pension in den Ruhestand versetzt worden.

Der zeitliche Regens im Priester-Seminar zu Posen Vicenciat Smolka ist zum Direktor an dem neu errichteten katholischen Schullehrer-Seminar in Peiskersham ernannt worden. Der zeitliche Rektor an der Stadtschule zu Münsterberg, Sobolewsky, ist zum Hauptlehrer, und der zeitliche Seminarlehrer Richter zu Halberstadt zum Musiklehrer an dem neu errichteten evangelischen Schullehrer-Seminar in Steinau a. D. ernannt worden. — Bestätigt: der auf sechs Jahre gewählte Stadtkammerer Schulz zu Wohltau; der auf sechs Jahre gewählte unbesoldete Rathsherr Karl Dypis zu Schweidnitz; der auf sechs Jahre gewählte unbesoldete Rathmann Karl Rettig zu Kuroz; der bisherige Adjutant Ernst Otto Eduard Behschnitt, als evangelischer Schullehrer zu Alt- und Neu-Bayn und Steinau, Waldenburger Kreises.

## Mannigfaltiges.

\* Breslau, 24. Oktober. Ueber eine gewiß höchst wünschenswerthe Reform des nationalökonomischen Unterrichts auf den deutschen Universitäten und polytechnischen Schulen läßt sich das zu Frankfurt a. M. erscheinende „Vereinsblatt für deutsche Arbeit“ folgendermaßen vernehmen: „Die Einleitung, gleichsam das Collegium logicum für junge Staatswirthe hätte an den historischen Entwicklungsphasen im wirtschaftlichen Leben der Völker denselben Proceß auf materiellem Gebiet nachzuweisen, der auf dem geistigen in der Geschichte der Menschheit ausgeprägt liegt. Ein lebhaftes Bild der ökonomischen Existenz der hervorragendsten Völker alter und neuer Zeit würde einerseits die passendsten Vorstudien zur Erkenntniß der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Europas und speziell Deutschlands enthalten, andererseits am geeignetsten in das Wesen der Factoren einweisen, deren lebhaftestes Zusammenwirken die ausgebildete Volkswirtschaft charakterisirt. Den Gewinn, der bei solcher Einleitung erzielt werden soll, sehen wir außer dem Zuwachs an historischem Wissen ganz besonders darin, daß die ökonomischen Grundbegriffe nicht in der abstracten Form, wie sie in den meisten Fassungen gegenwärtig erscheinen, an die Jugend nur heranstreifen, denn die Jugend hat ihrer Natur nach für Abstractionen wenig Sinn, sondern in lebendigen Gestalten auftreten, wie sie in der Wirklichkeit bestehen. Die meisten Schüler werden zum Beispiel die scharfsinnigsten Untersuchungen über die Natur des Geldes, die umfassendste Analyse der Güterquellen ziemlich langweilig finden, während derselbe Gegenstand an dem Faden der Geschichte angereicht für Verstand und Gedächtniß gleich anregend sein wird. — An diese Einleitung hätte eine umfassende Darstellung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Lebens der deutschen Nation, der all-

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)



## Zweite Beilage zu Nr. 249 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 25. Oktober 1849.

(Fortsetzung.)

gemeinen und besonderen Bedingungen und Verhältnisse, unter denen dasselbe besteht, zu knüpfen. Gewerbs- und Handelsstatistik, vergleichende Völkerverkunde würden dabei ebenso sehr herangezogen werden müssen, als die einschlägigen Gesetzgebungen, die Staats- und anderen öffentlichen Einrichtungen von wirtschaftlicher Bedeutung und die Betriebsformen bei Landwirtschaft, Gewerbe und Handel. Wir haben ausgearbeitete Schüler der Nationalökonomie gesehen, die auf der Universität über den Gang des deutschen Handels ebenso wenig instruiert waren, als über die in der deutschen Landwirtschaft üblichen Wirtschaftsmethoden, die uns die Nothwendigkeit des freien Völkerverkehrs zu debuciren verstanden, das Handelssystem des Zollvereins aber dem russischen gleich hielten, die wohl wußten, Eisenbahnen seien am besten vom Staate zu bauen, von den Verhältnissen der deutschen Bahnbauten aber so viel wie Nichts wußten. — Hoffentlich wird es auch ein Gewinn der neuen Zeit sein, daß das Unpraktische am nationalökonomischen Unterricht bald abgestreift werde."

**Berichtigung.** In dem Artikel A 19. Oktober in Nr. 248 der Breslauer Zeitung hat sich in Zeile 1, Spalte 2 ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen, nämlich Fayalwallnuß statt „Fayalweine."

## Inserate.

## Bitte

um milde Beiträge zur Unterstützung der Armen mit Holz für den kommenden Winter.

Im Vertrauen auf die Wohlthätigkeit der hiesigen Einwohner, welche uns zeither in den Stand gesetzt hat, die Armen hiesiger Stadt neben der monatlichen Geldunterstützung alljährlich noch mit etwas Holz für den Winter zu versorgen, haben wir die gewöhnliche Sammlung milder Beiträge zu diesem Zwecke durch die Herren Bezirksvorsteher und Armenväter wiederum veranlaßt. Indem wir solches hierdurch bekannt machen, ersuchen wir alle hiesigen wohlthätig gesinnten Einwohner ergebenst und angelegentlich:

durch milde Gaben zur Unterstützung der Armen mit Holz im bevorstehenden Winter wohlwollend und menschenfreundlich beizutragen.

Breslau, den 18. Oktober 1849.

Die Armen-Direktion.

## Preuss. Renten-Versicherungs-Anstalt.

Unter wiederholter Hinweisung, daß die diesjährige Sammelperiode am 2. November d. J. statutenmäßig geschlossen wird, veröffentlichen wir zugleich den Stand der diesjährigen Jahresgesellschaft nach den bis heute eingegangenen Agentur-Abrechnungen.

Es sind eingegangen:

a) 2750 Einlagen mit einem Einlagekapital von . . . . . 44,533 Rtl.  
b) an Nachtragszahlungen für alle Jahresgesellschaften . . . . . 62,672 „  
indem wir noch bemerken, daß der Stand des vorigen Jahres am nämlichen Tage nur 1805 Einlagen mit . . . . . 28,504 Rtl. und an Nachtragszahlungen . . . . . 43,035 „ betrug. — Berlin, den 18. Oktober 1849.

Die Direktion

der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

Breslau, den 24. Oktober 1849.

C. C. Weiss, Haupt-Agent.

## Theater-Nachricht.

Donnerstag. 22te Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. „Die Familien Montecchi und Capuleti“, oder: „Romeo und Julia.“ Oper in 4 Akten, Musik von Bellini.

(Für heute: Einlaß 5 1/2 Uhr. Anfang 6 1/2 Uhr.)

Freitag. 23te Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum ersten Male: „Rosenmüller & Fink“, oder: „Abgemacht.“ Lustspiel in 5 Aufzügen von Dr. Carl Zöpfer.

## Verlobungs-Anzeige.

Die heute vollzogene Verlobung meiner einzigen Tochter Johanna mit Herrn Adolph Wendelsohn in Krotoschin, beehre ich mich entferntesten Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzuzeigen.

Doppeln, 23. Oktober 1849.

Stabsrathin R. Cohn.

Als Verlobte empfehlen sich:

Johanna Cohn.

Adolph Wendelsohn.

Doppeln. Krotoschin.

Als Neuvermählte empfehlen sich:

Karl Adolph Freitag.

Hedwig Freitag, geb. Bernhart.

Dels und Breslau, den 23. Oktober 1849.

Julius Scheerer, k. Kreisrichter.

Emilie Scheerer, geb. Bergst.

Neuermählte.

p. Wartenberg und Altona, den 16ten

Oktober 1849.

## Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Freitag, den 26. Oktober, Abends 6 Uhr. Herr Consistorial- und Schulrath Menzel: Ueber die indischen, altpersischen und griechischen Schöpfungs-Mythen, besonders über die Prometheus-Sage und deren Behandlung bei Plato, Aeschylus und Goethe. Der General-Secretär Bartsch.

## Der ökonomische Verein Nimptscher Kreises

versammelt sich Sonnabend den 27. d. M., Vormitt. 10 Uhr. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich erscheinen zu wollen. Nimptsch, den 23. Oktober 1849. Das Directorium.

Heute, Donnerstag d. 25. Oct.:

Zweites

## grosstes Concert

des Kapellmeisters

B. BILSE

mit seiner verstärkten Kapelle

im Concert-Saale

Karls-Strasse No. 37.

Zur Aufführung kommen u. A.:

Charivari, Potpourri von Kunze,

und die Ouverturen zu Mee-

resstille, Nebucadnezar.

Billets à 5 Sgr. sind in der

königl. Hof-Musikalien-Handlung der

Herren Ed. Bote u. G. Bock,

Schweidnitzer-Strasse No. 8, zu haben.

## Aufforderung.

Mit Regulirung des Nachlasses des Buchhalter Julius Ferdinand Ziegler beauftragt, ersuche ich Anforderungen bei mir anzumelden und Zahlungen an mich zu leisten. Breslau, den 24. Oktober 1849.

Hahn, Justiz-Rath.

## Schweizerhaus.

Donnerstag den 25. Oktober: Concert.

## Eine neue sehr interessante Schrift.

Im Verlage der unterzeichneten Buchhandlung ist erschienen und zu haben:

## Die katholischen Interessen und die deutsche Frage in Preußen.

Zur Orientirung von N. C. G. Mintel, Rath der geheimen Kanzlei des Fürst-Bischofs von Breslau. Gr 8. 1849. Geheftet. 10 Gr. = 12 1/2 Sgr.

Vaterlandsfreunde werden diese inhaltreiche Schrift willkommen heißen. — Der Anti-Preussischen Partei in Baiern und sonst in Süd- und West-Deutschland, welche ihre Anti-Deutsche Gesinnung durch Schmähungen auf Preußen an den Tag legt, ist eine von ihren Hauptwaffen, die Waffe der kirchlichen Interessen in obiger Darstellung glücklich aus der Hand gewunden, indem gezeigt wird, daß der Schwerpunkt auch der katholischen Bewegung Deutschlands in Preußen liegt. — Ein Deutschland ohne den Vortritt Preußens ist eine Unmöglichkeit, mögen sich die Leute jener Partei gebärden wie sie wollen!

## Buchhandlung Josef May und Komp.

Den resp. Flügelspielern ist zu empfehlen und bei D. B. Schumann (Breslau, Albrechtsstrasse Nr. 33), zum Preise von 1 Thaler vorrätig:

## theoretisch-praktische Anleitung

nach eigener Fantasie regelrecht zu spielen,

auch bei geringen Anlagen Vorspiele etc. mit Leichtigkeit zu bilden, und den Generalbass gründlich zu verstehen.

Ein Buch zur Selbstbelehrung für Flügelspieler und für angehende Organisten, von C. Schönfelder.

## Brieg-Gülchener Chaussee-Bau.

Zur Berichtigung mehrerer noch rückständigen Forderungen sind wir genöthigt eine 3te Nachschuß-Zahlung von 5 pCt. der gezeichneten Aktien hiermit auszuschreiben, zu deren Einzahlung vom 5. bis 10. November d. J. wir die Herren Aktionäre hiedurch auffordern.

Brieg, den 20. Oktober 1849.

Das Directorium für den Brieg-Gülchener Chaussee-Bau.

## Die Aufnahme neuer Schüler in die

## Sonntags-Schule für Handwerks-Lehrlinge

findet Sonntag den 28. d. M., Nachmittags 1 Uhr, in dem Gymnasial-Gebäude zu St. Elisabeth statt. Die Herren Lehrmeister, welche ihre Lehrlinge gedachter Anstalt überweisen wollen, werden ersucht, dieselben in Person anzumelden, indem nur unter dieser Bedingung Zöglinge aufgenommen werden. Die Aufnahme und der Unterricht, welcher jeden Sonntag um 1 Uhr anfängt, und bis halb 4 Uhr dauert, sind unentgeltlich. Breslau, den 23. Oktober 1849. Das Curatorium.

## Etablissements-Anzeige.

Hiermit erlauben wir uns die ergebene Anzeige zu machen, daß wir unter der Firma:

## Lustig und Thunack,

Schweidnitzer-Strasse Nr. 1, vis-à-vis der Korn-Gasse,

ein Stickerei- und Weißwaaren-Geschäft,

in Verbindung mit einer Fabrik von Posamentir- und Strumpf-Waaren, wollener und

baumwollener Strickgarne,

eröffnet haben. — Wir empfehlen ein reichhaltiges, gut assortirtes Lager französischer, schweizer und sächsischer, weißer Stickereien, gestickter Kleider, glatter und

fagonirter Mulls und Battiste, gestickter, brochirter und glatter Gardinen = Mouffeline, so wie die dazu gehörigen Verzierung; arrangirte Putzgegenstände, Tüll's, Spitzen und Bänder, in dem neuesten Genre. Eben so empfehlen wir uns zur Anfertigung aller Posamentir-Waaren.

Bestellungen werden gut und prompt ausgeführt. Wir fügen noch bei, daß unsere Preise fest aber billigt gestellt sind.

Lustig und Thunack.

## Wurst-Abendbrodt von feiner warmer Blut- und Leber-Wurst, findet

jeden Donnerstag von 6 Uhr Abends ab bei mir statt, und werden die Würste auch außer dem Hause verabreicht. — Eben so findet jeden Freitag Vormittag frische Bratwürste zu haben. Gleichzeitige zeige ich hiermit an, daß ich auch für diesen Winter Fleisch und Wurst zum Räuchern annehme.

F. R. Aaele,

vormalts Wolff, Dhlauer-Strasse Nr. 20.

## Kieler Sprotten, Hamburger Rauchfleisch,

Teltower Rübchen,

empfehlen von neuen Sendungen in vorzüglich schöner Qualität:

Karl Straka,

Hermann Straka,

Albrechtsstr. 39, d. königl. Bank gegenüber, Dorotheen- und Sunkernstraßen-Ecke, Nr. 33.

## Im alten Theater.



## Wiener Affen-Theater.

Heute Donnerstag große Vorstellung der vierfüßigen Künstler-Gesellschaft. Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Johanna Schreier.

## Hamburger Affenhaus

aufgestellt in der Colonnade im Tempelgarten, gebaut nach Art des im Berliner zoologischen Garten befindlichen. In demselben befinden sich 50 Stück verschiedener schöner zahmer Affen, worunter 25 Stück, die seit dem 14. April bis Ende September in dänischer Kriegs-gefangenschaft geschmachtet; die letzten zehn Affen, worunter eine Affin mit ihren 3 Monat alten Jungen, sind heute auch noch angekommen, und werden Donnerstag d. 25. Oktober, Mittag um 1 Uhr in Freiheit gesetzt, wo Buddelmeyer als Kommandeur sie in Empfang nehmen wird. Preise der Plätze: Erster Platz 2 1/2 Sgr. Zweiter Platz 1 Sgr. Kinder auf dem ersten Platz die Hälfte. Um zahlreichen Besuch bittet ergebenst: C. W. A. Herrmann.

## Wiener Glysium.

Täglich Concert. Entrée 2 1/2 Sgr.

## Wintergarten.

Heute: Abonnements-Concert.

Unter Anderem kommt zur Aufführung:

Sinfonie von Mozart, C dur, Nr. 2.

Nachdem durch anderweitige Anstellung des seitherigen Dirigenten der hier seit Jahren bestehenden Privat-Lehr-Anstalt dieser Platz vacant ist, werden Candidaten der Theologie, die zu solcher Stellung qualifizirt sind, aufgefordert, behufs alsbaldiger Ueberrnahme derselben sich bei Unterzeichnetem zu melden. Die Zahl der zu unterrichtenden Kinder beträgt derzeit sechs, das Honorar circa 200 Rtlr. Das Nähere theilt auf Anfragen mit: Graeve, Pastor. Frankenstein, 24. Oktober 1849.

Ein sehr billiges möblirtes Zimmer ist gleich zu beziehen: Dberstrasse Nr. 14, 3te Etage.



**Öffentliche Vorladung.**

Die unbekannten Erben und Erbnehmer nachgenannter Personen:

- 1) Der am 19. November 1846 hier verstorbenen Barbiere Wittwe Caroline Grotzian, geb. Dtte, deren Nachlaß 28 Rtlr. 14 Sgr. 3 Pf. beträgt;
- 2) der am 20. Oktober 1847 hier verstorbenen Schuhmacher Wittwe Joh. Geonore Hentschel, deren Nachlaß etwa 15 Rtlr. 25 Sgr. 5 Pf. beträgt;
- 3) des am 16. Mai 1848 hier verstorbenen Diensthof Carl Wurst, dessen Nachlaß ohngefähr 8 Rtlr. beträgt;
- 4) der am 12. Dezember 1847 verstorbenen Dorothea, geb. Mauergerfell Hager, deren Nachlaß etwa 20 Rtlr. beträgt;
- 5) der am 3. Mai 1847 hier verstorbenen Johanna Dambisky, geb. Kolleg, deren Nachlaß einschließend einer Aktivforderung von 150 Rtlr., ohngefähr 190 Rtlr. beträgt;
- 6) der am 13. Januar 1848 hier selbst gestorbenen, aus Bamberg gebürtigen Schauspielerin Catharina Welzel, deren Nachlaß etwa 13 Rtlr. beträgt;
- 7) des am 20. April 1847 hier verstorbenen, am 2. Januar 1788 bei Gütth bei Nürnberg geb. Tagelöhner Carl Friedr. Körster, dessen Nachlaß etwa 40 Rtlr. 27 Sgr. beträgt;
- 8) des hier selbst am 6. Januar 1848 verstorbenen Porzellan-Maler-Gehülfen Leopold Fischer, dessen Nachlaß 6 Rtlr. 25 Sgr. 8 Pf. beträgt;
- 9) der am 12. Februar 1846 hier verstorbenen Näherin Louise Fey, deren Nachlaß in etwa 120 Rtlr. besteht;
- 10) des am 26. Februar 1848 hier gestorbenen Carl Ludwig Walter, dessen Nachlaß 13 Rtlr. beträgt;
- 11) des aus Böhmen gebürtigen, am 28ten Februar 1848 hier gestorbenen Fuhrmann Kuschow, dessen Nachlaß etwa 76 Rtlr. beträgt;
- 12) des am 21. September 1772 geborenen und durch Erkenntnis vom 5. April 1848 für todt erklärten Elias Salomon Papenheimer, dessen Nachlaß etwa 40 Rtlr. beträgt;

werden hierdurch vorgeladen, in dem am 29. Nov. d. J. früh 9 Uhr vor dem Herrn Stadt-Gerichts-Rath Schmidt in unserm Parteienzimmer anstehenden Termine zu erscheinen, sich als Erben gedachter Personen, gehörig auszuweisen, und ihre Ansprüche an den Nachlaß ihrer Erblasser geltend zu machen.

Die Ausbleibenden haben zu gewärtigen, daß sie mit ihren Ansprüchen auf den Nachlaß gedachter Erblasser werden ausgeschlossen werden, und der Nachlaß als herrenloses Gut der betreffenden Gerichts-Obrigkeit zugesprochen werden wird.

Breslau, den 12. Januar 1849.

Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

**Subhastations-Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Michaelisstraße Nr. 5 belegenen, dem Kaufmann Johann Karl Ferdinand Seeltiger gehörigen, auf 5683 Rtlr. 19 Sgr. 8 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf

den 3. April 1850 Vormittags 11 Uhr

vor dem Herrn Assessor Kießling in unserm Parteien-Zimmer anberaunt.

Dare und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registatur eingesehen werden. Breslau, den 4. Septbr. 1849.

Königliches Stadtgericht. II. Abtheilung I.

Ein in der Landwirtschaft und allen häuslichen Beschäftigungen vollständig ausgebildetes junges Mädchen aus guter Familie wünscht eine Stellung diesen Fähigkeiten angemessen, neben einer Hausfrau baldigst anzutreten. Auf hohen Gehalt wird weniger als auf freundliche Behandlung gesehen. — Hierauf Reflektirende werden gebeten, unter der Adresse A. S. poste restante Breslau sich an sie zu wenden.

Ein Knabe rechtlicher Eltern, der Lust hat, Gürtler und Broncearbeiter zu werden, findet bald ein Unterkommen beim Gürtlermeister Liebecke, Stockgasse Nr. 28.

**Gasthof-Verkauf.**

Das an der Strehlen-Münsterberger Chaussee gelegene Gasthaus zu Schildberg, Kreis Münsterberg, ist, sammt Garten, Acker und Wiesen, wegen Erbauseinanderlegung aus freier Hand zu verkaufen. Näheres ertheilt auf frankirte Briefe Schullehrer Welzel, zu Langenbrück, Kreis Neustadt D. S.

**Unterkommen-Gesuch.** Ein unverheiratheter Kaufmann, 44 Jahre, hier am Ort, eine kleine Caution nöthigen Falls leistend, wünscht eine Anstellung als Reisender, in einer Fabrik als Faktor, oder in einem Tabak- und Cigarren-Geschäft placirt zu werden. Näheres ist bei mir zu erfahren. Tralles, Messergasse Nr. 39.

Ein weiß und braun gefleckter Jagdhund, auf den Namen Rollo hörend, ist am 23ten Oktober verloren gegangen und erhält dessen Wiederbringer eine angemessene Belohnung im Gewölbe auf der Riemezeile Nr. 13.

Donnerstag den 25. Oktober:

**Musikalische Abendunterhaltung**

in der Restauration zu den 4 Löwen.  
Ein Gut, 6 Meilen von Breslau, enthaltend: 400 Morgen Acker, 70 Morgen Wiesen, 50 Morgen Forst, 400 Stück Schaafe, 15 Stück Kühe, Wohnhaus- und Wirtschaftsgebäude massiv mit Fachwerk bedeckt, ist für den Preis von 18,000 Rthl. mit 6000 Rthl. Anzahl zu verkaufen, durch

F. M. a. b. l.,  
Salvator-Platz Nr. 4.

Eine Gouvernante, die in der französischen Sprache vollkommen ist, am liebsten Französin, und geneigt ist, nach Polen zu gehen, findet sofort ein Unterkommen. Näheres bis zum 28. d. M. bei

Gerstmann,

Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 75.

**Sehr schöne Winter-Anzüge,** in guter Qualität und dauerbarer Arbeit, empfiehlt von 8 Rtlr. an zu vorzüglich billigen aber unbedingt festen Preisen:

die Kleider-Handlung

Herren-Straße Nr. 25,

der Elisabeth-Straße gegenüber.

**Echt engl. Nicht-Lasset**

empfehlen:

Wohl & Co. in Stadt,

Nikolai-Straße (Ring- Ecke) im 2ten Gewölbe, dicht neben der Buchhandlung der Herren Stern u. Weigert.

**Echt russischen Caravanen-Thee**

von Nicolai Schwarzow in Warschau, von dem Unterzeichnete die alleinige Niederlage für Schlesien besitzt, empfehlen zu Original-Preisen:

Stern & Weigert.

**Frische Austern bei Ernst Wendt.**

**Holsteiner Austern, Hamb. Speckbucklinge, Kieler Sprotten, neue Trauben-Rosinen, Teltower Rübchen,**

empfangen und empfiehlt:

Gustav Scholz,

Schweidnitzer-Straße Nr. 50, Ecke der Junkern-Straße.

**Frische Astrachaner Zuckerschoten, Kieler Sprotten, Teltower Rübchen,**

eingeflossene Gebirgs-

Preiselbeeren

empfehlen:

C. J. Bourgarde,

Schuhbrücke Nr. 8, goldne Waage.

**Thran-Glanz-Wische**

in bekannter Güte, stets frisch, die Krute 1 bis 5 Sgr., in Schachteln à 2 Loth 180 St., à 4 Loth 100 St., 8 Loth 50 St., für 1 Rtlr., lose in Fässern den Str. 5 Rtlr., desgleichen

**Amerikanische Caoutchouc,**

das beste Mittel, um jedes Lederwerk weich und wasserfest zu machen, die Krute 2 1/2 und 5 Sgr., und

**Russische Schmiere**

zum Einschmieren des Riemenzeuges, der Pferdegeschirre etc., die Büchse 2 1/2 u. 5 Sgr., empfiehlt

C. F. W. Jacob,

Dhlauer Straße 70, im schwarzen Adler.

**Häufelwolle** in allen beliebigen Farben zu

10 Sgr. das Loth: bei größter Abnahme wird ein Rabatt zugesichert von R. Caro, Nikolaistr. Nr. 26.

Zu modernen Garten- und Park-Anlagen erlaube ich mich, bei billigster Ausführung derselben, den Herren Gutsbesitzern, wie überhaupt Gartenfreunden, hiermit bestens zu empfehlen. Gustav Stiller, Kunstgärtner, Dhlauer Vorstadt, am Holzplatz Nr. 3.

Eine freundliche Stube, mit oder ohne Möbel, ist zu vermieten und bald zu beziehen, Oder-Vorstadt, Rosenthalerstraße Nr. 4, drei Stiegen, Eingang links.

Friedrich-Wilhelmsstr. Nr. 8 sind mehrere freundliche Wohnungen in der 1., 2. und 3. Etage, bestehend aus je vier Piecen, nebst Zubehör, Gartenbenutzung, auch Stallung und ebenso ein Keller mit dem Eingange von der Straße, zu vermieten.

Im Hotel de Silésie sind mehrere Wohnungen, à 90, 60, 32 Rtlr., zu vermieten und gleich zu beziehen.

**Offerte.** Ueber 200 Sorten Zier- oder Schmucksträucher und Bäume zu Parkanlagen, 30 Sorten schöner Landrosen, 18 Sorten Pionien, 33 Sorten Weine in 2 und 3jährigen Exemplaren, 20 Sorten Pfirsichen, sowie verschiedene Fruchtsträucher etc. etc., sämtliche unter richtigen Namen, empfehle ich Gartenfreunden zur geneigten Beachtung. Auch werden Gartenanlagen jeder beliebigen Größe unter den billigsten Bedingungen übernommen. Gefällige Aufträge werden unter genauer Beachtung meiner Adresse erbeten.

Eduard Monhaupt, Kunst- u. Handelsgärtner zu Breslau, Gartenstrasse 6.

**Barinas-Ganaster in Blättern,**

auch geschnitten, alte wurmfressige Waare, leicht und von angenehmem Geruch, verkauft das Pfund mit 12 Sgr., 5 Pfund 1 1/2 Thaler.

S. S. Schwarz, Dhlauer-Straße Nr. 21.

**Ausverkauf.**

Wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäftes verkaufe ich meine sämtlichen Vorräthe von Tuch, Boucckskin und div. andern Waaren zu den billigsten, aber festen Preisen. C. Fein, Elisabethstr. Nr. 5, im goldenen Lamm.

**Oberschlesische Steinkohlen**

aus der

**Louisen's Glück-Grube.**

Zu den anerkannt besten ober-schlesischen Steinkohlen zählt man auch die aus der Louisen's Glück-Grube. Sie zeichnen sich durch alle die Eigenschaften aus, die man von einer guten Kohle beansprucht. Unhaltend, kräftig und lebhaft im Brennen, weder Schiefer noch Steine enthaltend, lassen solche keine Schlacken, ja auch nicht den geringsten Rückstand übrig, sondern brennen rein zu Asche aus. Eben so wenig greifen sie Roste noch Kessel an, und sind daher nicht nur für alle Arten Ofenheizung sehr vortheilhaft und mit Recht empfehlenswerth, sondern auch für Fabriken-Feuerung vorzüglich geeignet.

Der Preis dieser vortheilhaften Kohle ist auf 25 1/2 Sgr. pro Tonne und bei Abnahme von 10 Tonnen auf 25 Sgr. festgesetzt. Engros-Preise auf gefällige direkte Anfrage. Für richtiges Maas wird garantiert.

**C. L. Stegmann's Niederlage**

auf dem neuen Kohlenplatze der ober-schlesischen Eisenbahn, zu welchem man am nächsten durch die verlängerte Taschenstraße oder auch durch die Reichstraße gelangt.

**Heinrich Geißler aus Gera**

empfehlen sein Lager von Maschinennägeln, als: Krempeln, Sattlern, Koff-, Schloß-, Risten-, Stiefel- und Polster-nägeln, Abfag- und Sohlenstiften, blauen Sattlerstiften, weißen Sargzweilen, Drathnägeln und Tischlerstiften, Haken, Dösen, so wie verschiedene andere Drathwaaren. Frankfurt a. O., Berliner Reihe Nr. 10.

Ein kleiner Hund hat sich am 21. Oktober auf der Scheiniger-Straße eingefunden, der Eigenthümer kann sich denselben gegen Zahlung der Inzertions-Gebühren Kupferschmiede-Straße im Goldenen Stück, 1 St., abholen.

**Echte Galläpfelwinte,**

à Flasche 5 Sgr., auch Eimerweise, ist fortwährend bei Hrn. E. W. Kramer, Büttnerstraße Nr. 30, zu haben.

C. F. Capann in Maffelwig.

**Zu vermieten** und Neujahr zu beziehen ist der 2te Stock, aus 6 Stuben bestehend, auch getheilt, Heilige Geistsstraße Nr. 20. Das Nähere parterre links.

Mehrere Pferdebeställe und zwei Düngergruben sind zu verpachten, und zu erfragen im Hotel de Silésie.

Eine Wohnung von 2 freundlichen Zimmern, Küche und Beigekoch ist zum Neujahr zu beziehen. Näheres Herrenstr. 24 im Comtoir.

Ein großer Zier- und Gemüsegarten ist bald oder Termin Weihnachten d. J. billigst zu verpachten. — Das Nähere Vorwerkstraße Nr. 19.

Eine Schmiedewerkstatt nebst Wohnung ist Termin Weihnachten d. J. bald zu vermieten. — Das Nähere Vorwerkstraße Nr. 19.

**Auktion in Breslau.**

26. Oktober, Nachmittags 2 Uhr, Fischergasse Nr. 22 aus dem Nachlaß des Polizei-Kommissarius Beyer, eine Uhr, Gläser, Leinwand, Möbel, Hausgeräthe und Kleidungsstücke.

**Börsenberichte.**

Paris, 21. Oktober. 3% — 5% 87. 75.

Berlin, 23. Oktober. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3 1/2% 94 bez. Kratau-Ober-schlesische 4% 67 1/2 à 67 bez. und Br., Prior. 4% — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 53 à 52 1/2 bez. und Gl. Niederschlesisch-Märkische 3 1/2% 84 bez. und Gl., Prior. 4% 93 1/2 Br., 1/2 Gl., Prior. 5% 102 1/2 Br., Ser. III. 5% 100 1/2 bez. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% — Prior. 5% 89 Gl. Oberschlesische Litt. A. 3 1/2% 106 1/2 Gl., Litt. B. 103 1/2 bez. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106 1/2 Br., 105 1/2 Gl. Staats-Schuld-Scheine 3 1/2% 89 Br., 88 1/2 Gl. Seehandlungs-Prämien: Scheine 101 1/2 Br. Pöfener Pfandbriefe 4% — 3 1/2% 90 Br. Preussische Bank-Antheile 98 1/2 Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94 1/2 Gl., neue 4% — Polnische Partial-Obligationen: à 500 Rl. 80% 300 Rl. 109 1/2 Gl.

An der heutigen Börse war die Stimmung etwas günstiger und Fonds, theils auch Aktien fester, Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Aktien in Folge von Kaufaufträgen 1% gestiegen.

Wien, 23. Oktober. Fonds und Aktien waren heute etwas fester und für 4 1/2% und andere ist wieder 84 gemacht worden. Für Comptanten und Devisen, besonders für London in L. S. zeigten sich heute zur Notiz mehr Nehmer als Geber. 2 1/2 Uhr. 5% Metal. 94 1/2 bis 95. Nordbahn 109 1/2 bis 110.

Breslau, 24. Oktober. (Antich.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95 1/2 Gl. Kaiserliche Dukaten 95 1/2 Gl. Friedrichsdor 95 1/2 Br. Louisd'or 112 1/2 Br. Polnische Courant 95 1/2 Gl. Deffner. Banknoten 105 1/2 Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101 1/2 Br. Freiwillige Preussische Anleihe 5% 106 1/2 Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3 1/2% 89 Br. Breslauer Stadt-Obligationen 3 1/2% 96 1/2 Gl. Großherzoglich Pöfener Pfandbriefe 4% 100 Br., neue 3 1/2% 90 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3 1/2% 94 1/2 Gl., Litt. B. 4% 89 Br., 3 1/2% 93 1/2 Br. Alte polnische Pfandbriefe — neue 4 1/2% 94 1/2 Gl. Polnische Anleihe 1835 à 500 Rl. 81 1/2 Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidniz-Freiburger 4% 79 Br., Priorität 4% — Oberschlesische Litt. A. 107 Br., Litt. B. 103 1/2 Gl. Kratau-Ober-schlesische 66 1/2 Br. Niederschlesisch-Märkische 84 1/2 Br., Priorität 5% 103 Gl. Ser. III. 100 1/2 Gl. Reiffe-Brieger 35% Gl. Köln-Mindener 94 Gl. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 53 Gl.